



Rede zur Einbringung des Doppelhaushaltes 2016/2017
einschließlich Haushaltssanierungsplan in den Rat der
Stadt Arnsberg am 29.09.2015

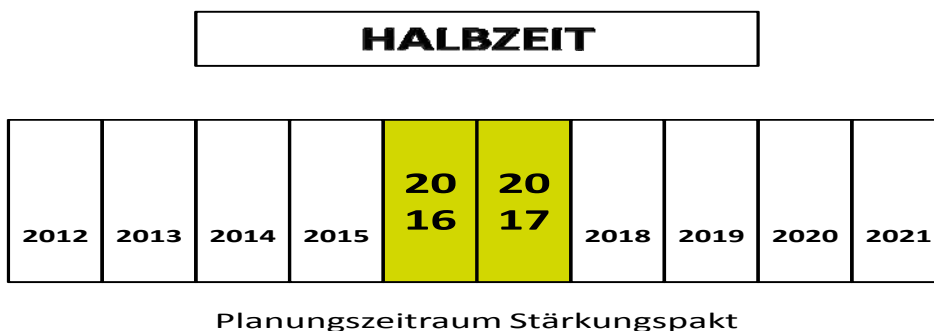
1. Beigeordneter und Stadtkämmerer Peter Bannes

Halbzeit

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

Ende 2011 hat die nordrhein-westfälische Landesregierung das Stärkungspaktgesetz erlassen. Es soll mit einer Kombination aus Zuckerbrot und Peitsche die finanziell schwächsten Kommunen in NRW zu einem ausgeglichenen Haushalt ab dem Jahr 2016 führen. Die Stadt Arnsberg muss verpflichtend am Stärkungspakt teilnehmen.

Die Planungsperiode des Stärkungspaktgesetzes geht von 2012 bis 2021. Da der Doppelhaushalt 2016/2017 die Mitte dieses Zeitraumes darstellt, habe ich meine Haushaltsrede unter die Überschrift „**Halbzeit**“ gestellt.



Ein guter Anlass, um einen Rückblick auf die erste Halbzeit und einen Ausblick auf die zweite Halbzeit vorzunehmen.

I. Rückblick

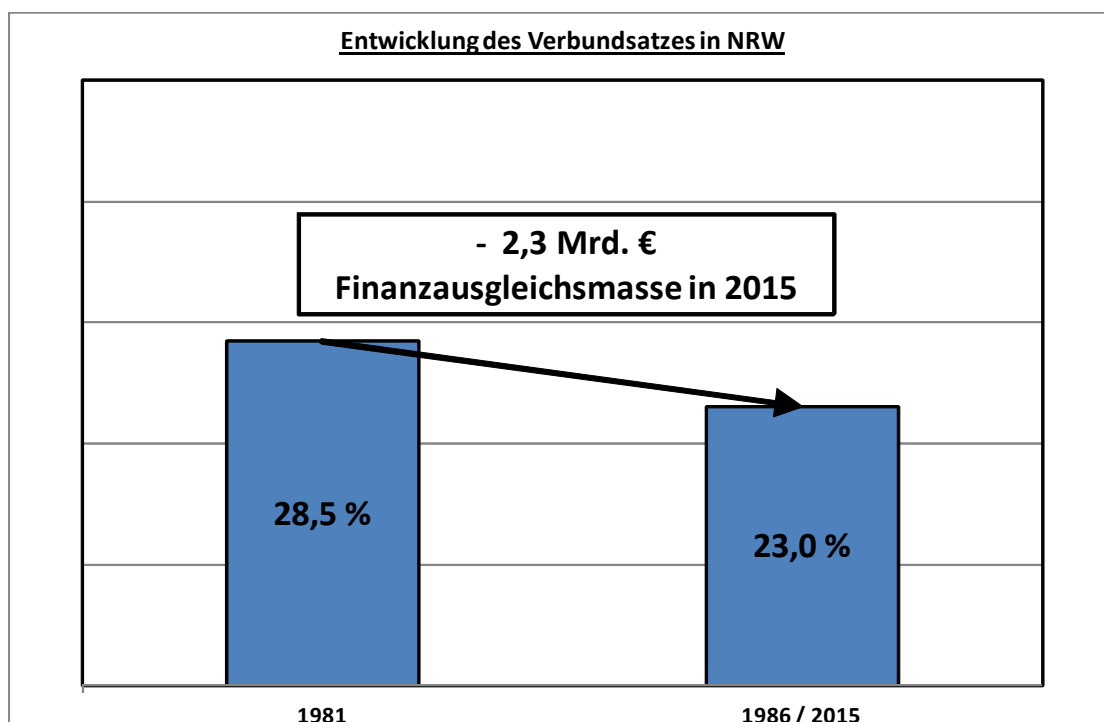
Um die finanzielle Situation der Stadt zu verstehen, lohnt eine kurze Betrachtung der drei Themen:

- Verbundsatz
- Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009
- Sozillastenentwicklung

Verbundsatz:

Der Verbundsatz ist der Prozentanteil, den das Land aus seinem Steueraufkommen für den kommunalen Finanzausgleich zur Verfügung stellt.

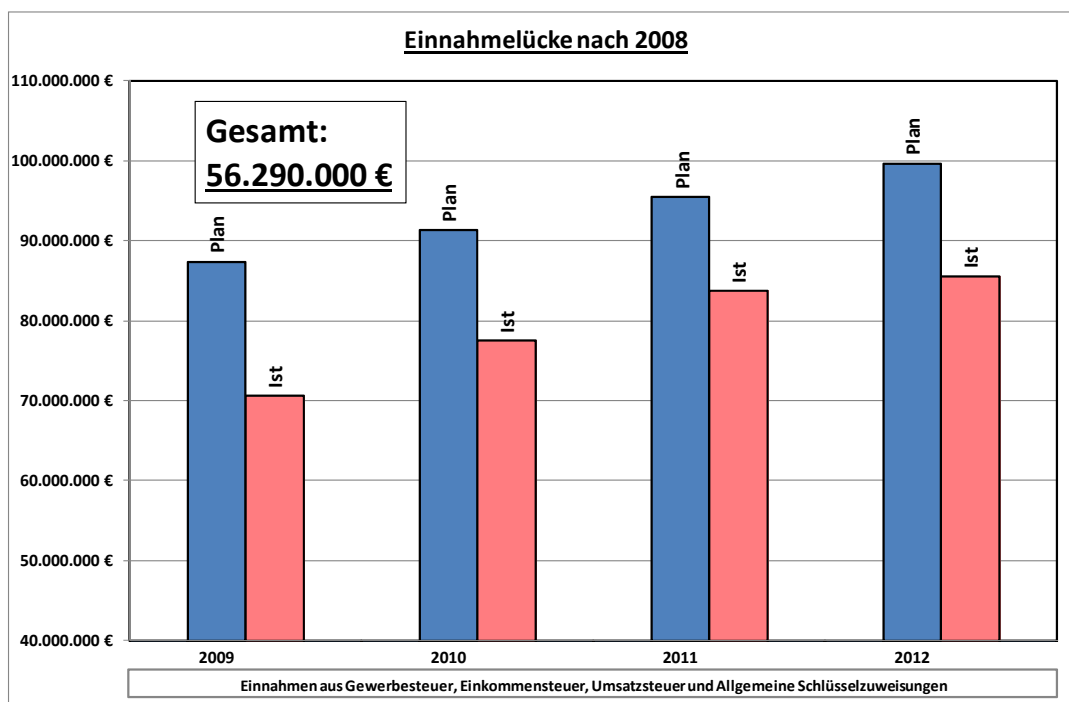
In den 80er-Jahren wurde dieser Verbundsatz in Nordrhein-Westfalen von 28,5 % auf 23 % gesenkt. Der Städte- und Gemeindebund Nordrhein-Westfalen bezeichnet diese Verbundsatzsenkung als eine Hauptursache der kommunalen Unterfinanzierung. Mit dieser Senkung begann die Verschuldung der Kommunen in NRW. Ihnen wurden so jährlich 2,3 Mrd. € entzogen (gemessen an der dem aktuellen GFG - Gemeindefinanzierungsgesetz zugrunde liegenden Verbundmasse). Die Verschuldung der Kommunen in NRW wäre bei Beibehaltung des Verbundsatzes von 28,5% um einen hohen zweistelligen Milliardenbetrag geringer.



Die Strukturkrise von Eisen und Stahl in Nordrhein-Westfalen und die von verschiedenen Bundesregierungen eingeleiteten Steuersenkungen zur Belebung der Wirtschaft haben zudem dazu geführt, dass deutlich weniger Geld bei den Kommunen angekommen ist - auch in Arnsberg.

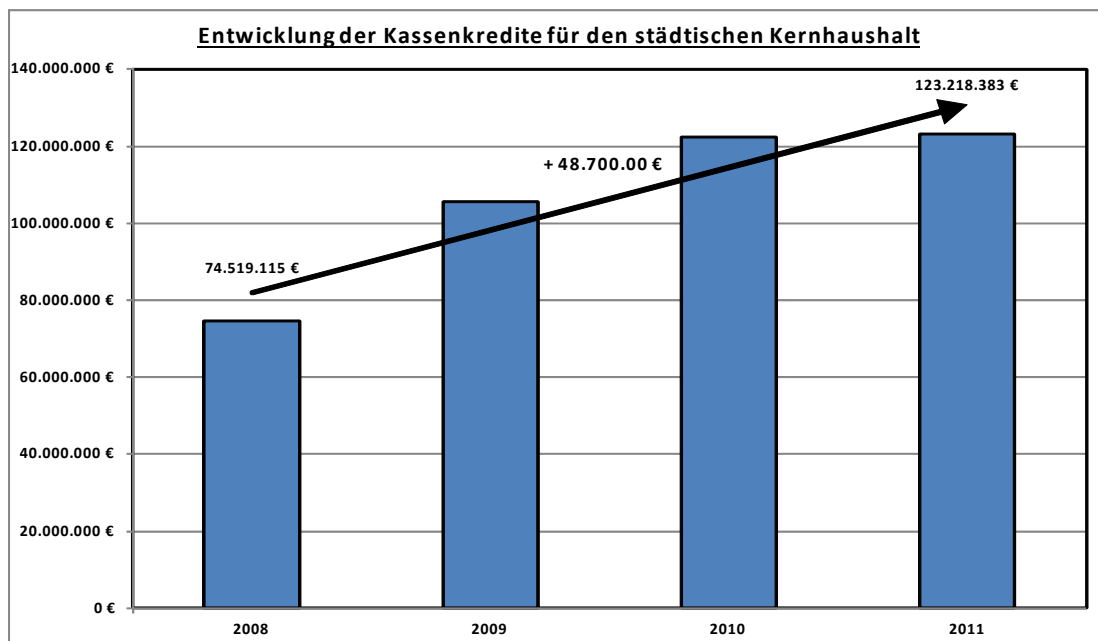
Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009:

Mit der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009 hat sich die finanzielle Situation der Stadt Arnsberg dann noch einmal drastisch verschlechtert.



Vergleicht man die Planwerte des Jahres 2008 der wichtigsten Steuereinnahmen und Schlüsselzuweisungen mit den nach der Krise tatsächlich eingetretenen Einnahmen, ergibt sich allein für die Jahre 2009 bis 2012 eine Einnahmelücke von rd. 56 Mio. €

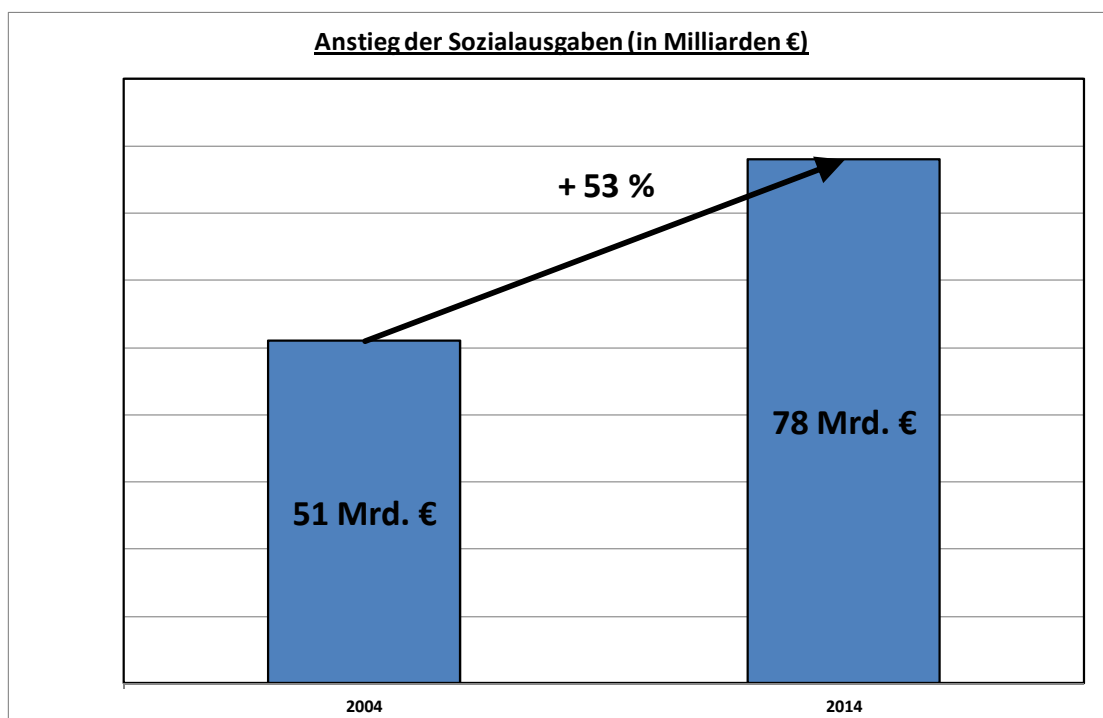
Parallel dazu stiegen die eigentlich nur zur kurzfristigen Zwischenfinanzierung gedachten Kassenkredite von rd. 74,5 Mio. € im Jahr 2008 auf rd. 123,0 Mio. € im Jahr 2011.



Soziallastenentwicklung:

Einen wesentlichen Bestandteil der städtischen Aufwendungen machen die Sozialausgaben aus.

Nach einer aktuellen Studie der Bertelsmann-Stiftung stiegen die Sozialausgaben insgesamt in Deutschland von 2004 bis 2014, also in einem Zeitraum von nur 10 Jahren, um 53 % von 51 Mrd. € auf 78 Mrd. € an.



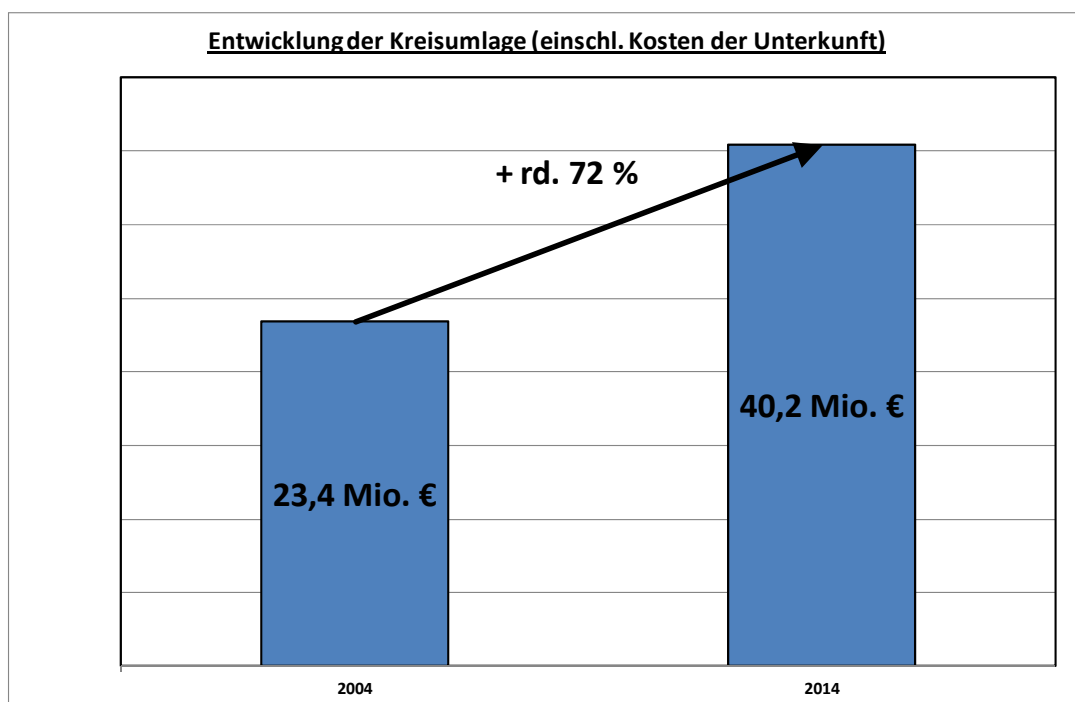
Auffällig ist, dass die Sozialleistungen pro Einwohner in NRW besonders hoch sind.

Bruttoausgaben von Leistungen nach SGB II, VIII, XII pro Einwohner 2012

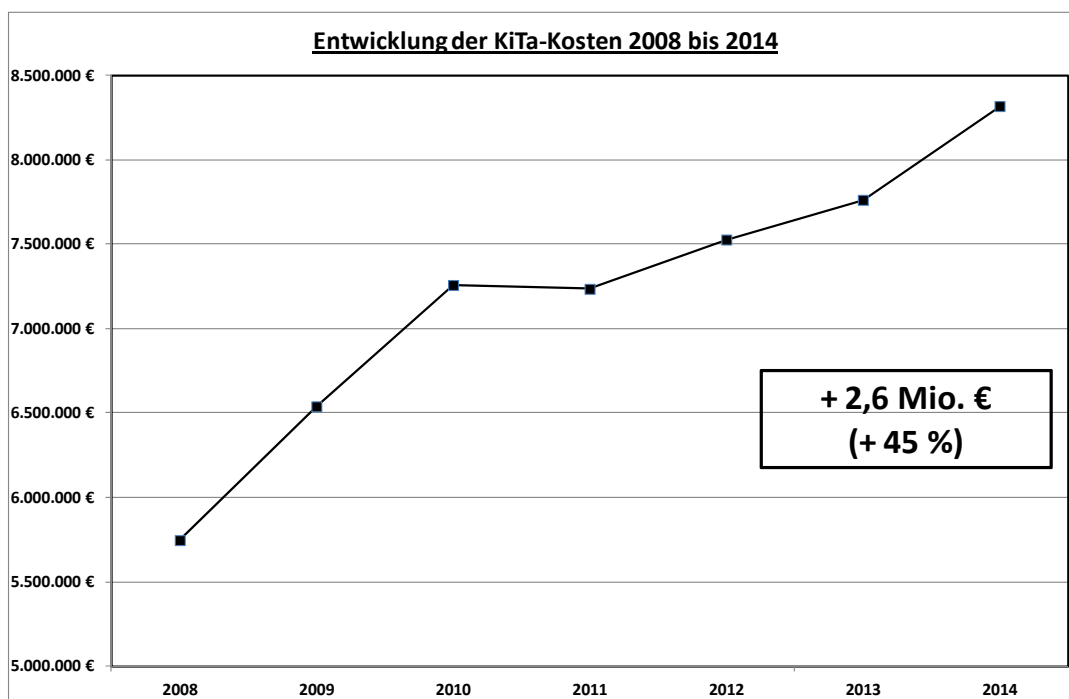
	SGB II	SGB VIII	SGB XII			
	Kosten der Unterkunft	Kinder- und Jugendhilfe -ohne Kita-	Hilfen zum Lebensunterhalt	Hilfe zur Pflege	Eingliederungshilfe	Grundsicherung im Alter
Baden-Württemberg	90	121	6	42	142	47
Bayern	77	111	12	51	177	46
Brandenburg	212	142	12	18	159	42
Hessen	153	176	23	47	187	72
Mecklenburg-Vorpommern	242	131	20	28	163	54
Niedersachsen	161	147	18	37	216	70
Nordrhein-Westfalen	202	170	19	51	225	70
Rheinland-Pfalz	108	149	11	46	198	51
Saarland	164	199	18	62	190	68
Sachsen	196	101	8	16	115	30
Sachsen-Anhalt	240	113	18	17	162	54
Schleswig-Holstein	173	139	26	43	217	70
Thüringen	163	100	13	20	171	29

Quelle: Bertelsmann-Stiftung, Bericht von 2015

Träger der Sozialleistungen in NRW sind primär die kreisfreien Städte und Kreise. Die Steigerung der Sozialleistungen spiegelt sich damit in den Steigerungsraten der Kreisumlage deutlich wieder. Seit 2004 stieg die Kreisumlage einschließlich der Kosten der Unterkunft um 16,8 Mio. € an.



Neben der Kreisumlage spüren die Kommunen die Steigerungen der Sozialleistungen direkt u. a. bei den Kosten für die Kindertageseinrichtungen. Sie stiegen von 2008 bis 2014 um 2,6 Mio. € (+45%).



Diese Entwicklung überfordert viele Kommunen.

Während sich der Bund mit seiner Gesetzgebungskompetenz für Sozialleistungen immer wieder großzügig zeigte, neue Aufgaben definierte und Standards vorantrieb, mussten die Kommunen dafür finanziell bluten. Vergessen hat man dabei die alte Erkenntnis von Theodor Heuss: *Ohne Städte ist kein Staat zu machen.*

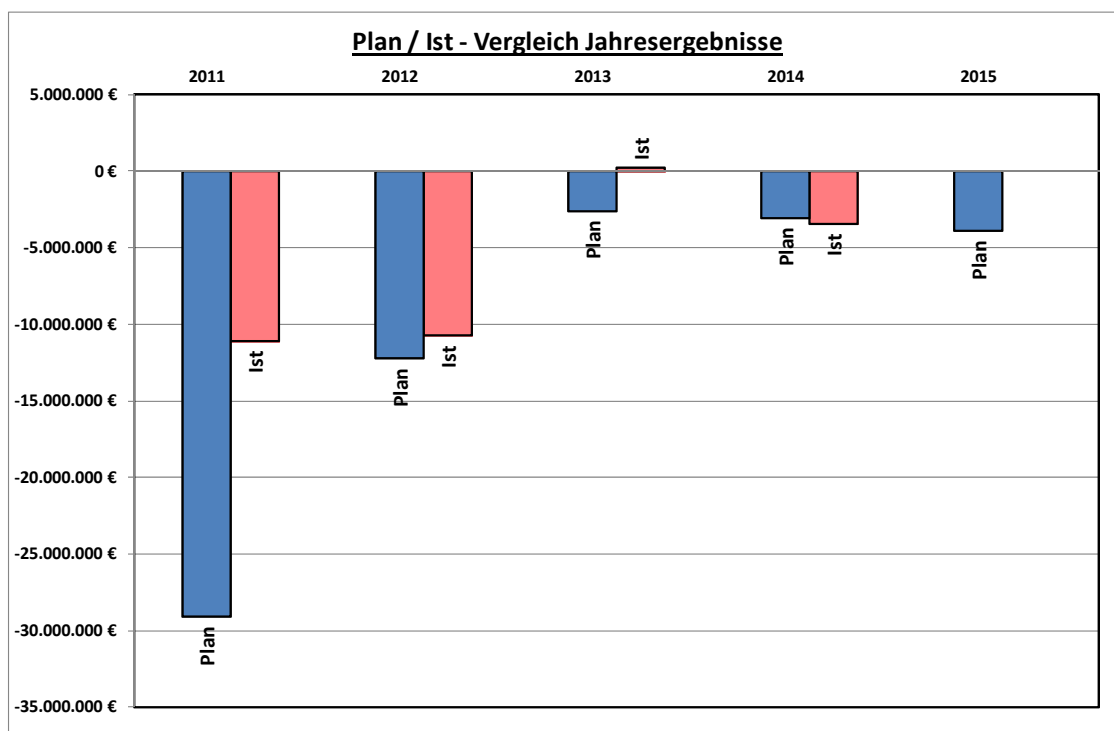
Es soll an dieser Stelle nicht verschwiegen werden, dass neben der Verbundsatzproblematik, der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009 und den explodierenden Sozialleistungen auch die Entscheidungen vor Ort Einfluss auf die finanzielle Situation einer Stadt hatten.

Sicher fällt jedem das ein oder andere ein, was man in den letzten 20 Jahren auch in Arnsberg hätte besser machen können. Es sind aber auch sehr viele gute Entscheidungen getroffen worden. Und der optimistische Realist in mir geht davon aus, dass die Anzahl der guten Entscheidungen die der schlechten deutlich überwogen hat. Zumindest für die letzten 4 Jahre kann ich dies aus eigener Erfahrung sagen.

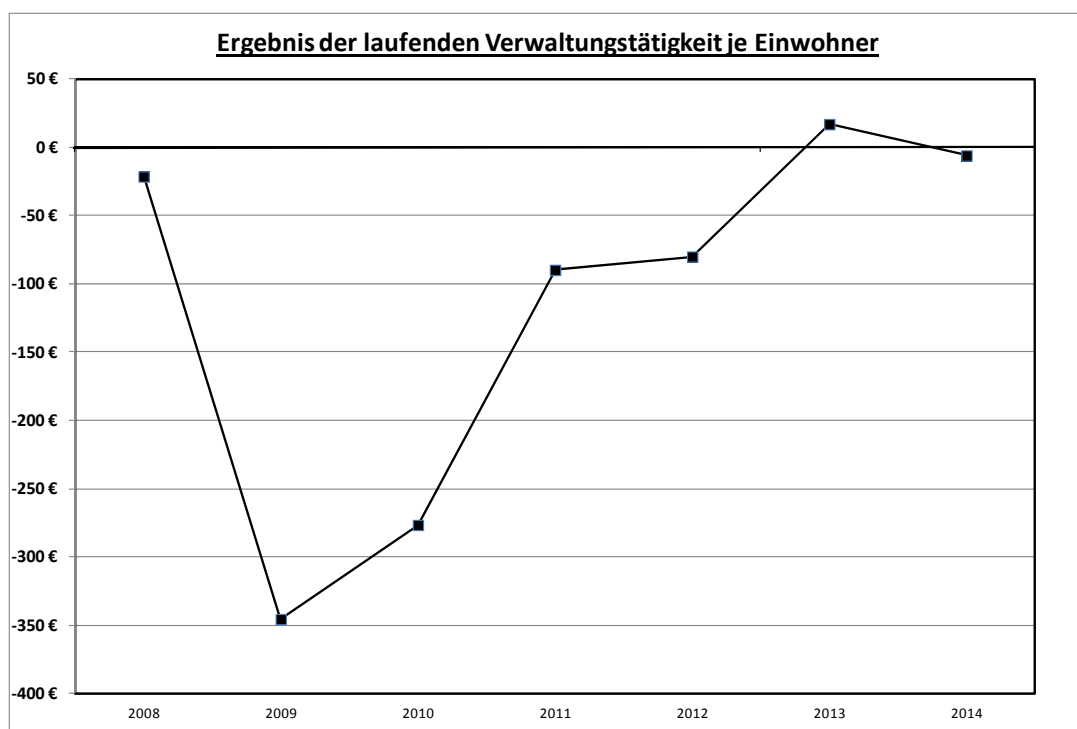
Nach diesen einordnenden Ausführungen möchte ich mich nun dem zuwenden, was wir bisher in der ersten Halbzeit erreicht haben.

Bisherige Ergebnisse der ersten Halbzeit:

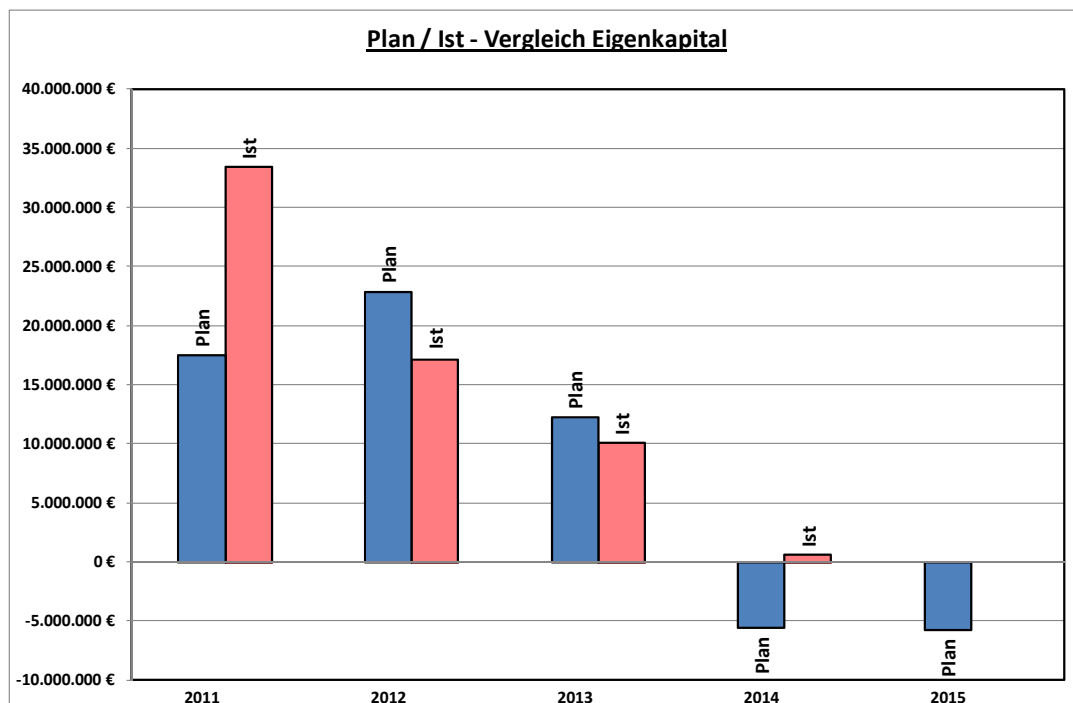
Das Defizit des Jahres 2011 konnte deutlich gesenkt werden. Wir haben uns dem geforderten Haushaltsausgleich 2016 Schritt für Schritt angenähert.



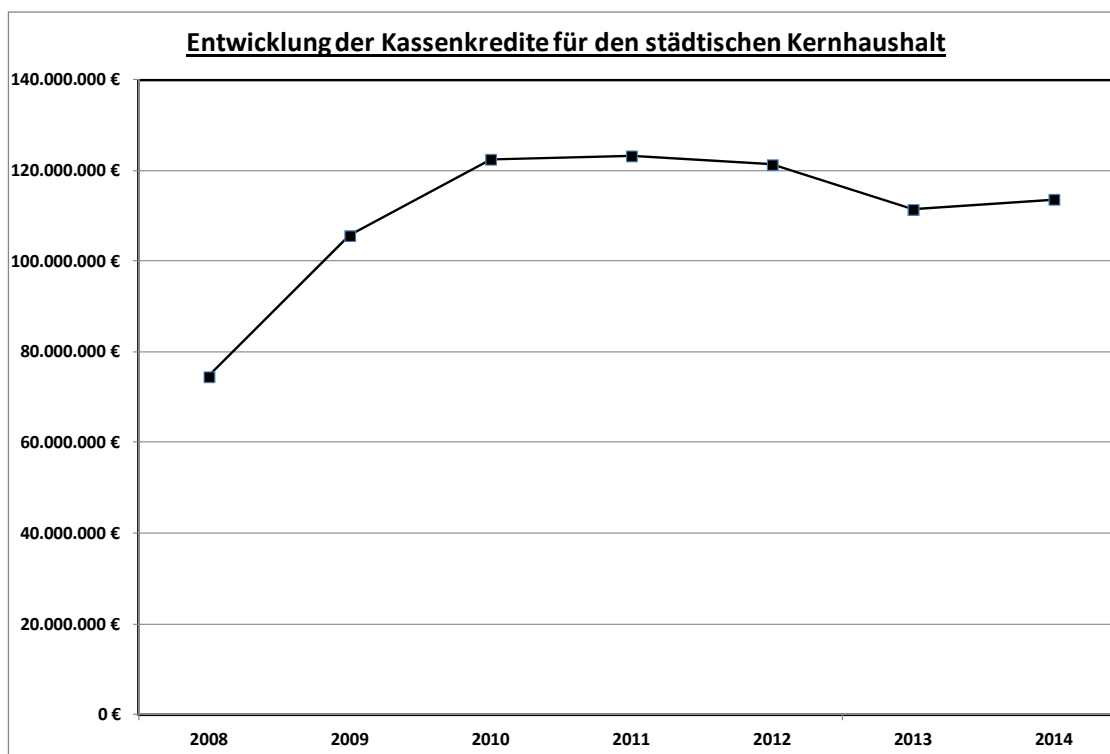
Das Ordentliche Ergebnis pro Einwohner konnte deutlich verbessert werden.



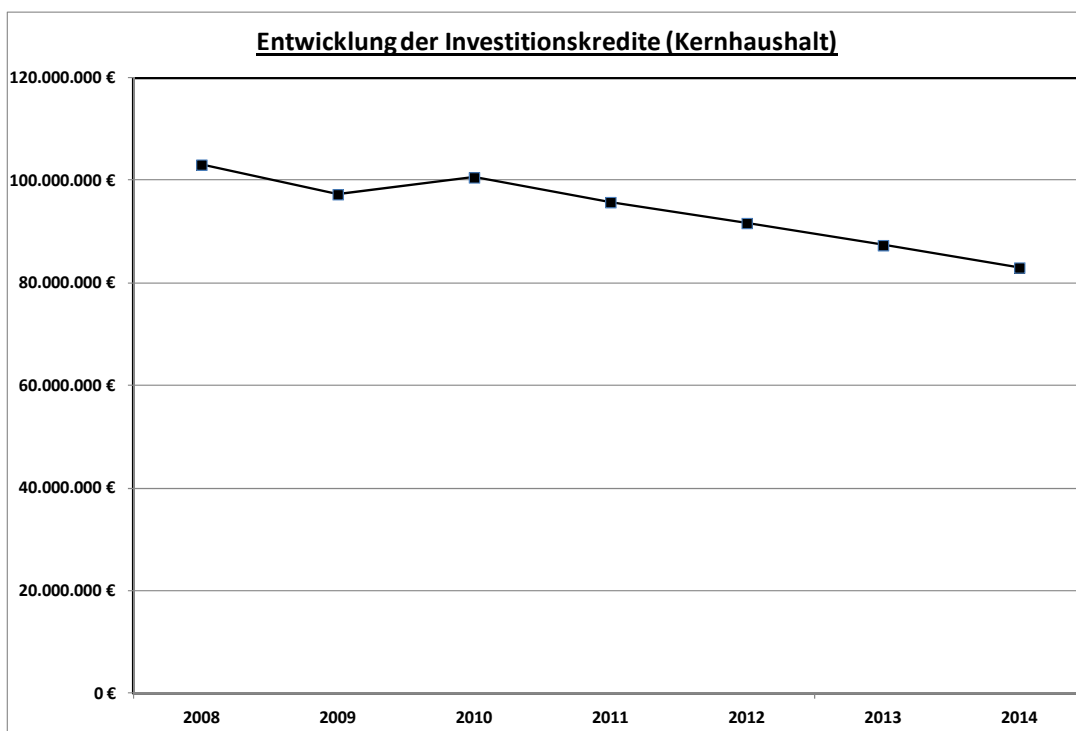
Das Eigenkapital sank weiter ab, allerdings nicht soweit, wie im Sanierungsplan zunächst vorgesehen war.



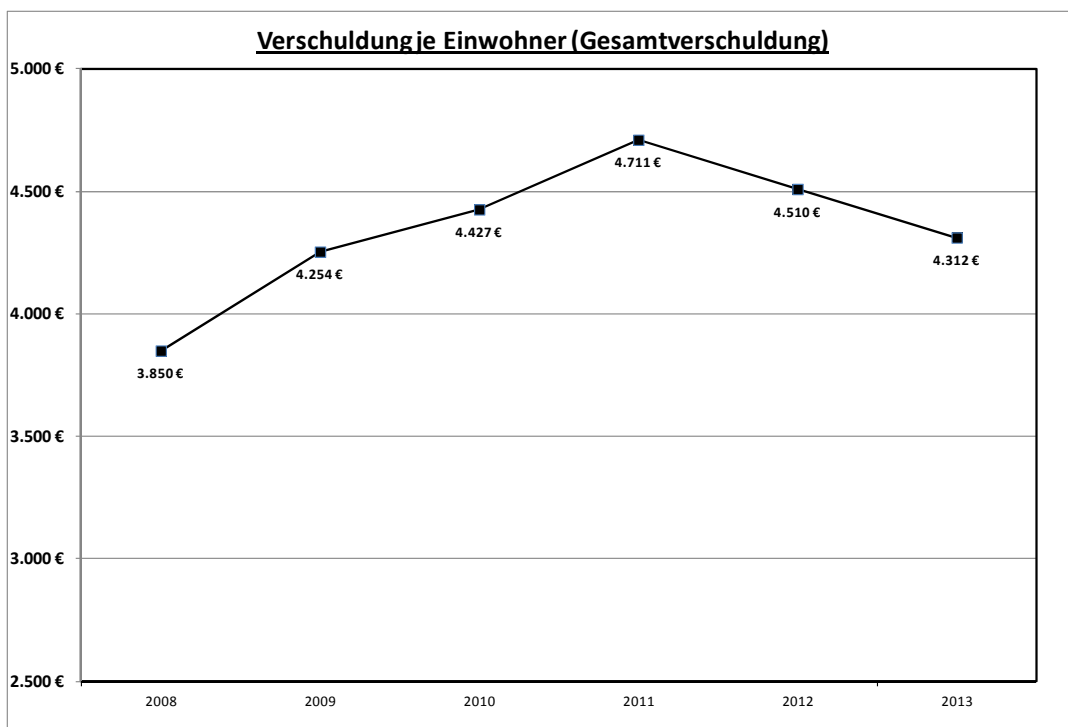
Der starke Anstieg der Kassenkredite konnte gestoppt werden.



Die Investitionskredite wurden deutlich abgebaut um rd. 20,0 Mio. € seit 2008.



Die Verschuldung je Einwohner konnte gesenkt werden.

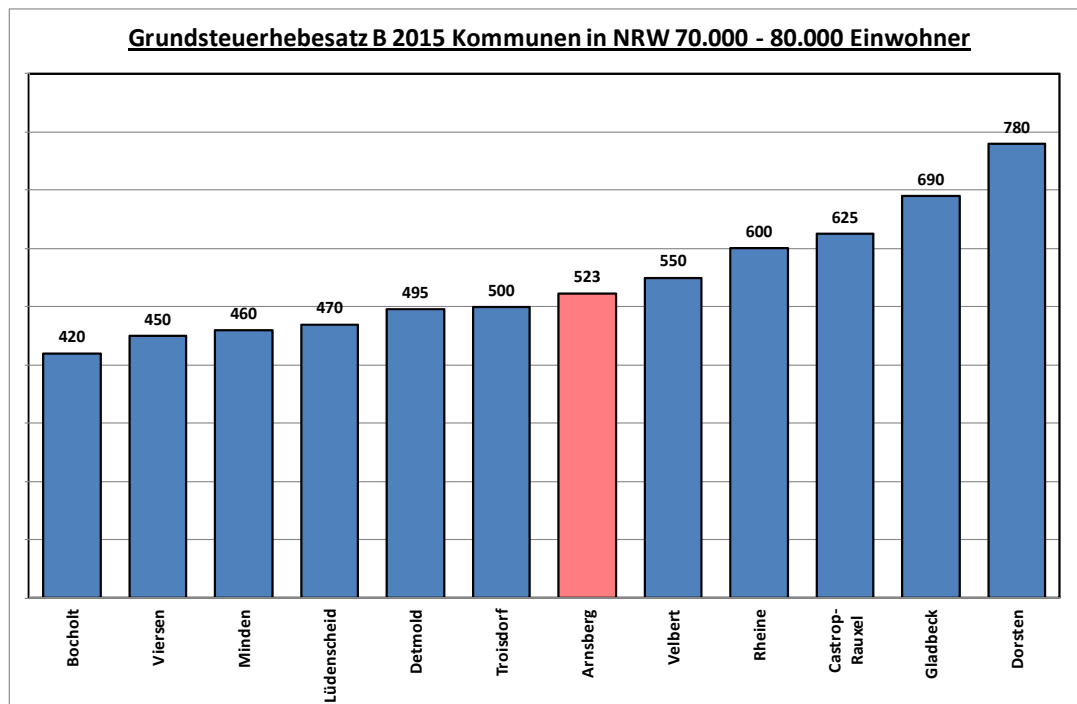
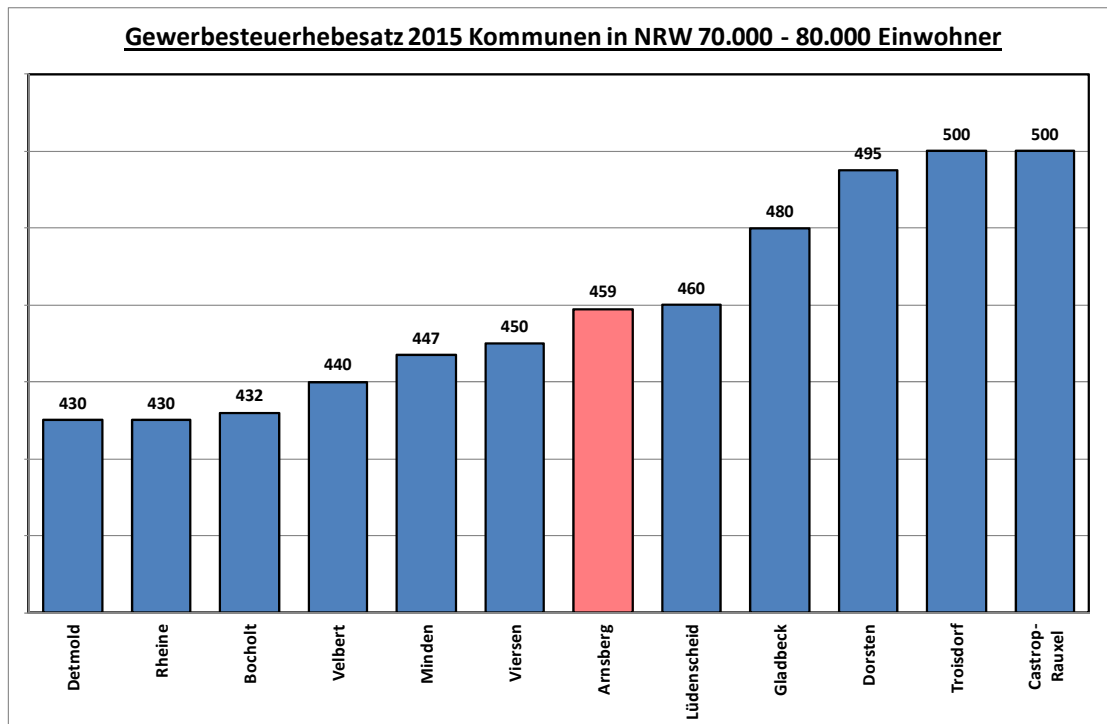


Quelle: Bertelsmann-Stiftung

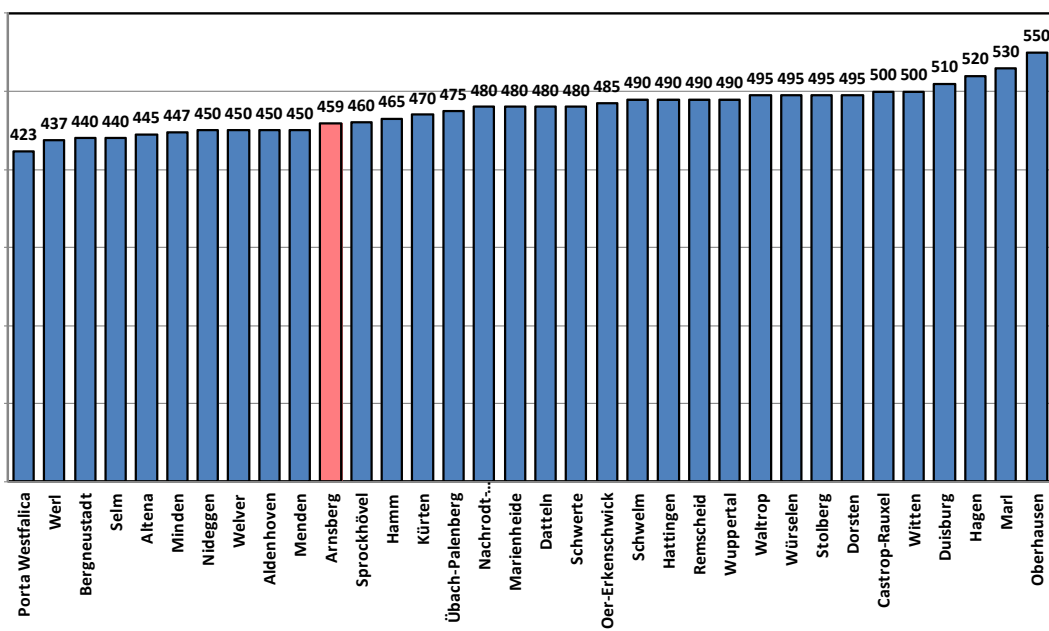
In vielen Kommunen mussten im Rahmen des Stärkungspaktes zur Erreichung der vorgegebenen Haushaltsausgleiche die Grund- und Gewerbesteuerhebesätze erheblich angehoben werden.

Die im Sanierungsplan vorgenommenen Steuererhöhungen hielten sich bei uns bisher in einem moderaten Rahmen.

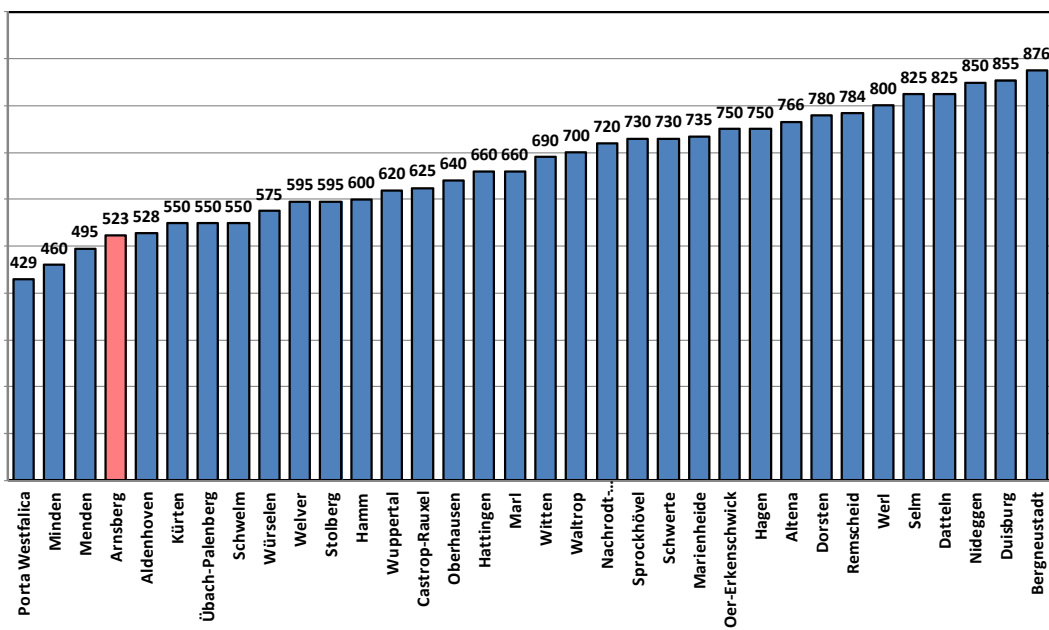




Gewerbsteuerhebesatz 2015 Stärkungspaktkommunen Stufe I



Grundsteuerhebesatz B 2015 Stärkungspaktkommunen Stufe I



Zwischenfazit:

Die Stadt Arnsberg hat die im Rahmen des Stärkungspaktgesetzes an sie gestellten Forderungen erfüllt. Sie hat die Jahresergebnisse schrittweise verbessert und Schulden abgebaut. Dabei waren die jährlichen Stärkungspakthilfen des Landes von rd. 8,49 Mio. € hilfreich und die geforderte Haushaltsdisziplin ebenfalls.

Die kommunalen Steuern konnten in Arnsberg gerade auch im Vergleich zu anderen Stärkungspaktkommunen bisher in einem moderaten Bereich gehalten werden.

Die Stadt ist lebenswert geblieben, ja sie hat sich in vielen Bereichen positiv weiterentwickelt. Beispielhaft seien hier nur die Stichworte bürgerfreundliche, seniorenfreundliche, radfreundliche und nachhaltige Stadt genannt, die auch in ihre Zukunft investiert, wie etwa die Projekte Sekundarschule, Brückenplatz Arnsberg, Möhnestraße Neheim und Stadtwerke-Campus zeigen.

Dennoch: das Stärkungspaktgesetz ist ein Schön-Wetter-Gesetz. Es funktioniert in Zeiten einer guten wirtschaftlichen Entwicklung mit steigenden Steuereinnahmen und ohne unerwartete massive Belastungen von außen. Und genau das hatten wir in den letzten 4 Jahren.

Und: Einzelne Stärkungspaktkommunen koppeln sich mit hohen Gewerbesteuer- und Grundsteuersätzen von der durchschnittlichen Entwicklung in NRW ab. Sie geraten damit in eine schwierige Wettbewerbssituation. Welche Unternehmen und Bürger zieht es in solche Städte? Dies droht allen Stärkungspaktkommunen, wenn die Schön-Wetter-Periode endet.

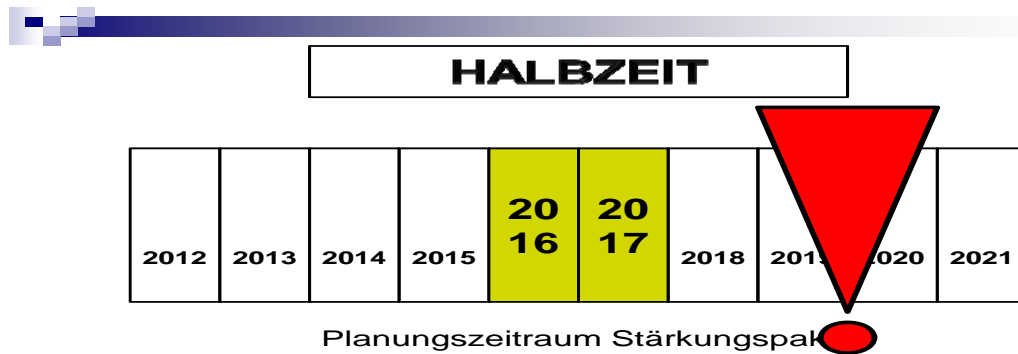
Einen Abbau des riesigen Kassenkreditbestandes der Kommunen in NRW wird das Stärkungspaktgesetz ebenfalls nicht erreichen.

Noch beunruhigender ist die Tatsache, dass sich NRW insgesamt in einer schlechten Position im wirtschaftlichen Wettbewerb mit anderen Bundesländern befindet, was die im Grundgesetz angemahnten „gleichen Lebensverhältnisse“ gefährdet.

Wie sieht nun die Perspektive für Arnsberg für die zweite Halbzeit aus? Kann der Haushalt 2016/2017 ausgeglichen werden?

II. Zweite Halbzeit

Unsere Aufgabe:

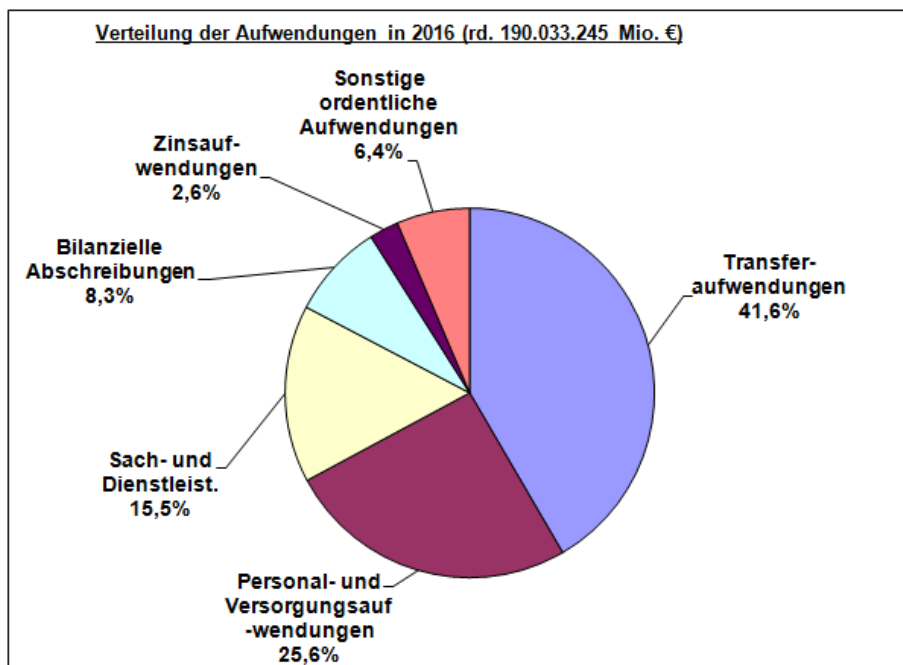


= Haushaltsausgleich ab 2016 !

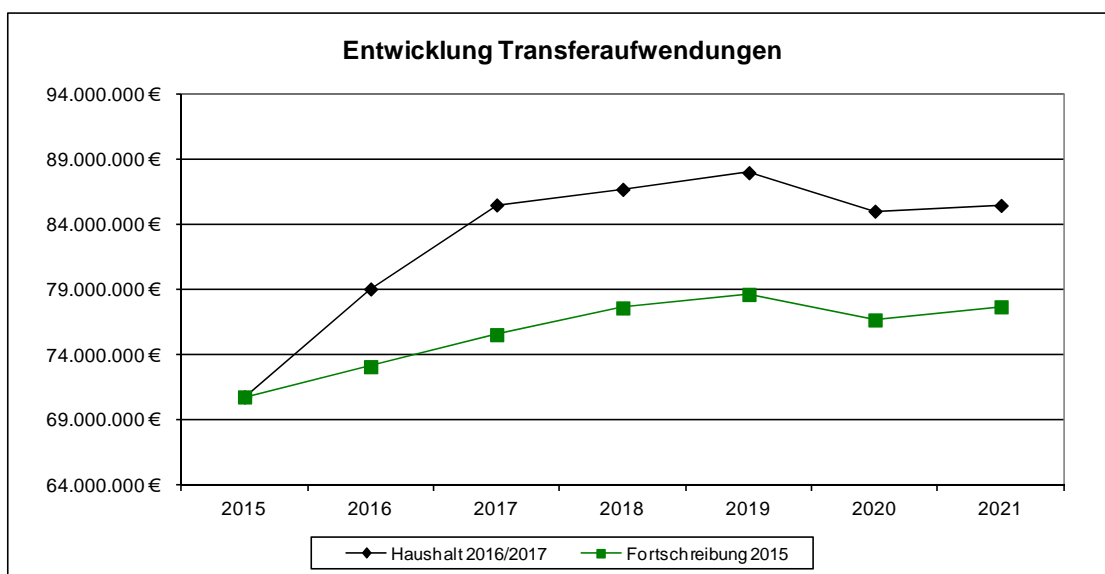
§ 6 Abs. 2 (1) Stärkungspaktgesetz:

Im Haushaltssanierungsplan wird der Haushaltsausgleich (...), bei pflichtig teilnehmenden (...) Gemeinden in der Regel spätestens ab dem Jahr 2016 erreicht.

Das **Gesamtaufwandsbudget** hat sich von 2015 nach 2016 um ca. 13,4 Mio. € auf rd. 190,0 Mio. € erhöht. Im Jahr 2017 beträgt es rd. 199,6 Mio. € Die prozentualen Anteile im Aufwandsbudget haben sich - wie in den letzten Jahren auch - kaum verändert.



Den größten Aufwandsblock stellen die **Transferleistungen** dar. Dahinter verbergen sich vorrangig Sozialleistungen. Hierin ist die Kreisumlage enthalten. Die Transferleistungen steigen zunächst um 8,3 Mio. € im zweiten Jahr um 6,5 Mio. € Die Entwicklung der Transferleistungen ab 2018 ergeben sich insbesondere aus den vom Land vorgegebenen Orientierungsdaten.

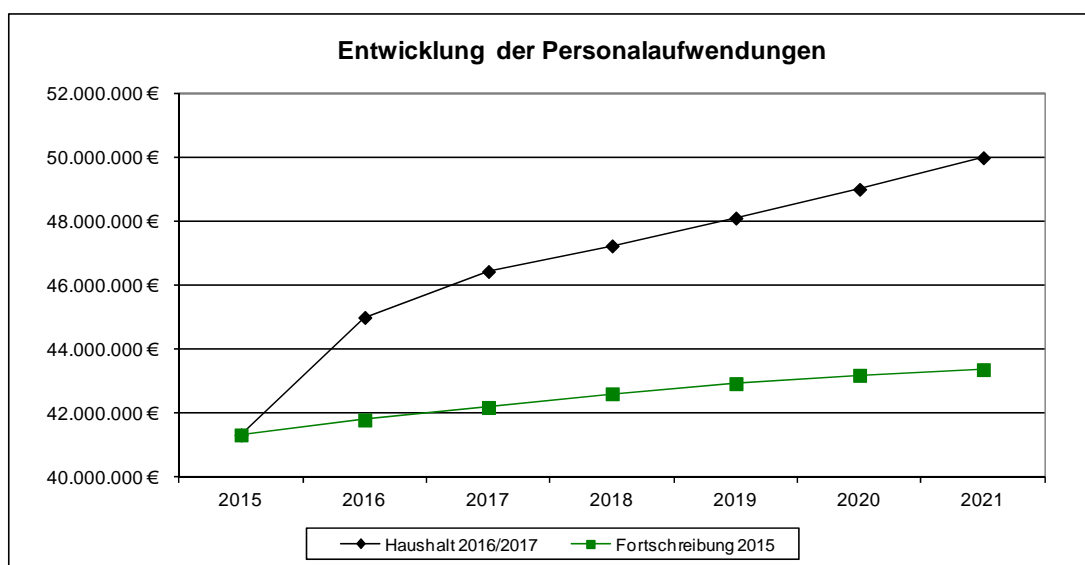


Der Kreis plant eine Erhöhung des Hebesatzes bei der Kreisumlage ein. Er soll um 0,2 Hebesatzpunkte steigen. Da sich die Berechnungskriterien für die Kreisumlage (Steuerkraft und Schlüsselzuweisungen) verbessert haben, zahlen wir dann ab dem Jahr 2016 1,2 Mio. € mehr Kreisumlage als bisher.

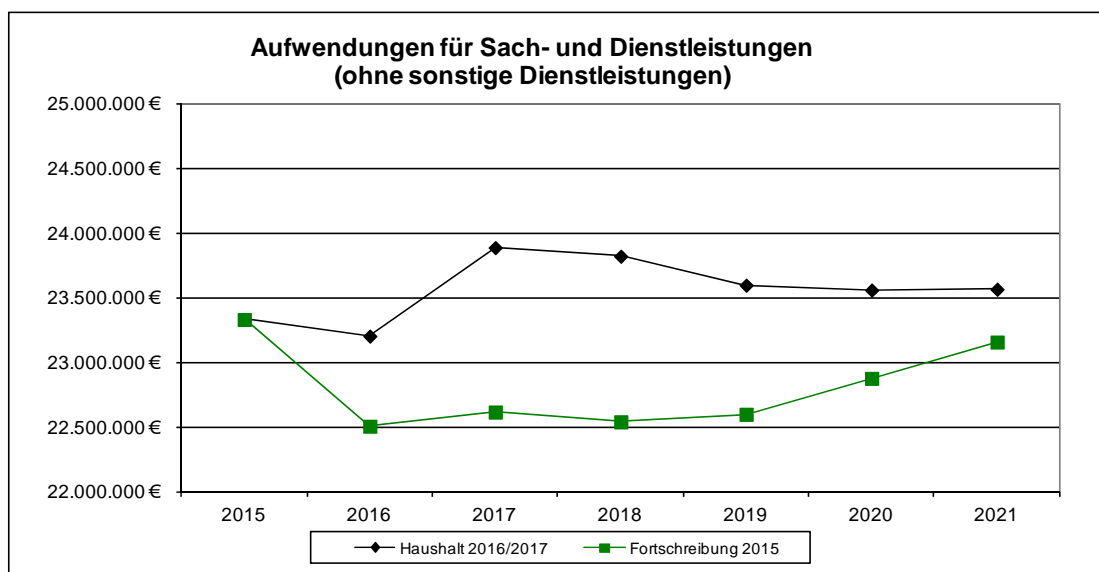
Wir plädieren deshalb weiter dafür, dass der Kreis seine Konsolidierungsbemühungen deutlich intensiviert. Anzuerkennen ist immerhin, dass der Kreis in einer Arbeitsgruppe mit Vertretern von Kommunen einen Kennzahlenvergleich bei den Sozialleistungen erarbeitet hat.

Die **Personalkosten** steigen in 2016 um 8,9 %.

Trotz der Wiederbesetzung nur jeder zweiten frei werdenden Stelle führen die deutlichen Tariferhöhungen und unvermeidliche neue Stellen zu diesem Anstieg. Allerdings sind viele der neuen Stellen ganz oder teilweise extern gegenfinanziert (Rettungsdienst, Kita's u.a.). Ein Teil des Anstiegs resultiert auch aus zusätzlichen Stellen zur Unterstützung von Flüchtlingen. Detaillierte Informationen hierzu können Sie dem Haushalt (s. Vorbericht) entnehmen.



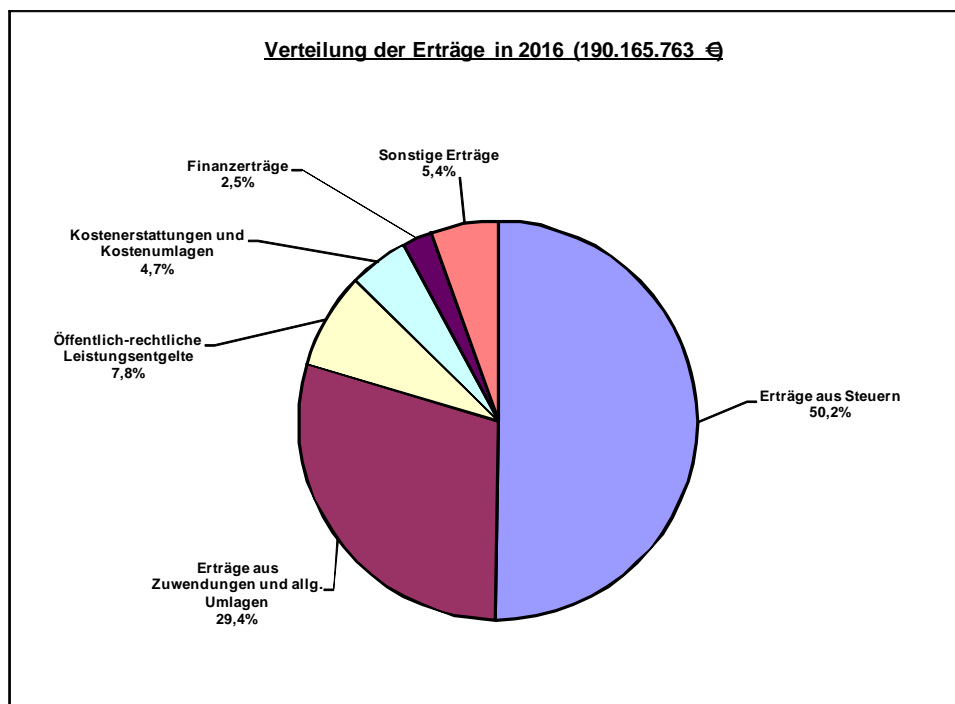
Im **Sach- und Dienstleistungsbereich** (ohne sonstige Dienstleistungen) entwickeln sich die Aufwendungen wie folgt:



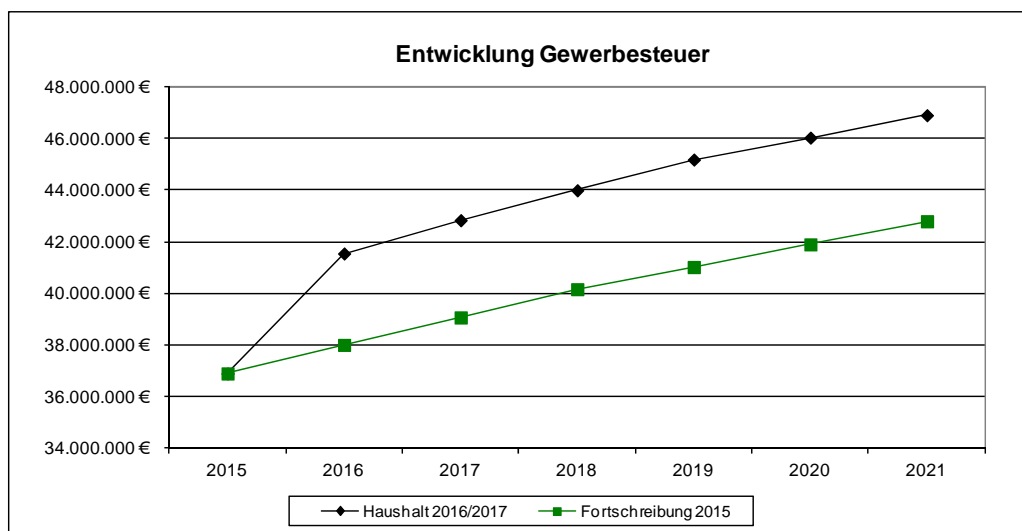
Die Erhöhung der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen in 2016 ff. ergibt sich insbesondere aufgrund erhöhter Unterhaltungsaufwendungen bei Gebäuden.

Die Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen sind an dieser Stelle ausgeblendet. Sie weisen zwar signifikante Abweichungen auf. Diese sind aber nur auf eine neue Zuordnung von Einzelpositionen zurückzuführen.

Die **jährlichen Erträge** steigen von 2015 nach 2016 um 17,5 Mio. € auf 190,2 Mio. € an. 2017 betragen sie 199,7 Mio. €. Ähnlich wie bei den Gesamtaufwendungen ändert sich die prozentuale Verteilung der einzelnen Ertragsbereiche kaum.

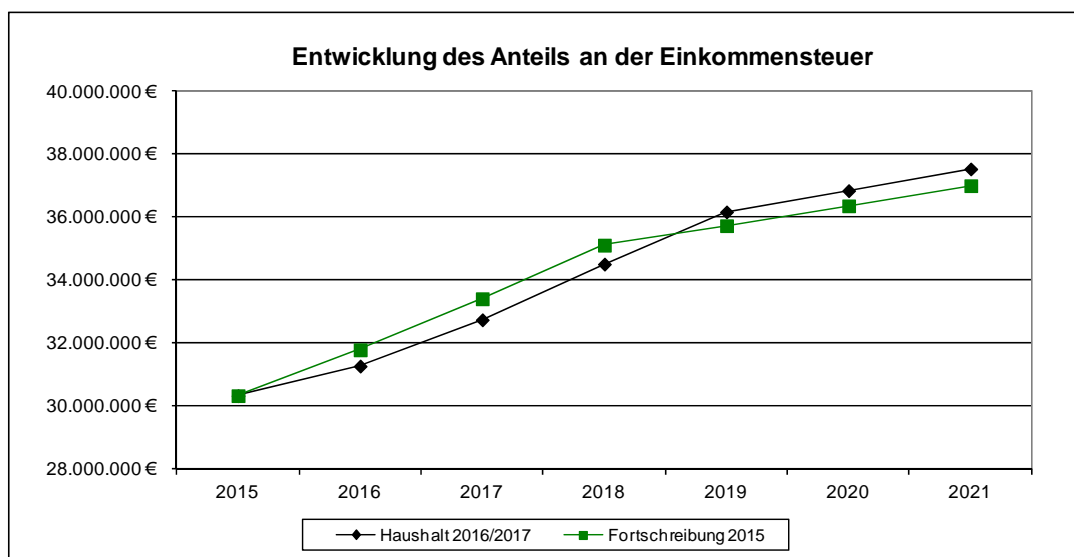


Die Gewerbesteuer, der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer und die Schlüsselzuweisungen stellen sich insbesondere aufgrund der neuen Orientierungsdaten des Landes wie folgt dar:

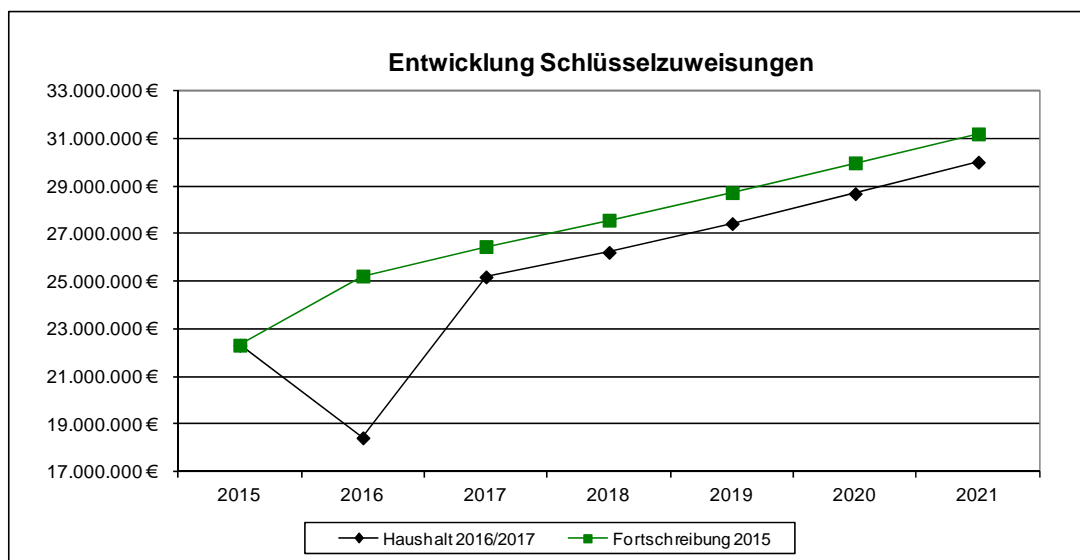


Bei der **Gewerbesteuer** haben wir aufgrund der derzeitigen guten Entwicklung in 2015 in Abstimmung mit der Kommunalaufsicht die Ansätze aus der ehemaligen Planung 2014 übernommen und fortgeschrieben. Der Gewerbesteuereinbruch in 2014 wird damit geglättet.

Die Entwicklung bei der **Einkommensteuer** ergibt sich aus den Vorgaben des Landes (Orientierungsdaten).



Durch die gute Entwicklung unserer Steuerkraft in der Referenzperiode sinken die Schlüsselzuweisungen 2016 um rd. 6,8 Mio. € im Vergleich zur ehemaligen Planung. Ab 2017 sind dann, ebenfalls in Abstimmung mit der Kommunalaufsicht, die Schlüsselzuweisungen entsprechend der Planung 2014 fortgeschrieben worden.



Die Gewerbesteuer und Schlüsselzuweisungen beeinflussen sich zeitversetzt. Hohe Gewerbesteuererinnahmen in einem Jahr haben in der Regel sinkende Schlüsselzuweisungen im nächsten Jahr zur Folge.

Begünstigt wird die Ertragslage durch die zu erwartende Wiedereinführung eines Härteausgleiches bei den Kosten der Unterkunft.

Sanierungsplananpassungen:

In den Doppelhaushalt 2016/2017 sind natürlich die Auswirkungen des Sanierungsplanes eingearbeitet worden. Der Sanierungsplan wird weiter Schritt für Schritt umgesetzt. Er bleibt vom Volumen her in voller Höhe erhalten.

Durch die Wiedereinführung des eben bereits erwähnten Härteausgleichs bei den Kosten der Unterkunft (Sanierungsplanmaßnahme Nr. I-30) - eine entsprechende Vorlage soll in der Kreistagssitzung im Dezember beschlossen werden - kann diese Maßnahme des Sanierungsplanes nun von der Kommunalaufsicht anerkannt werden.

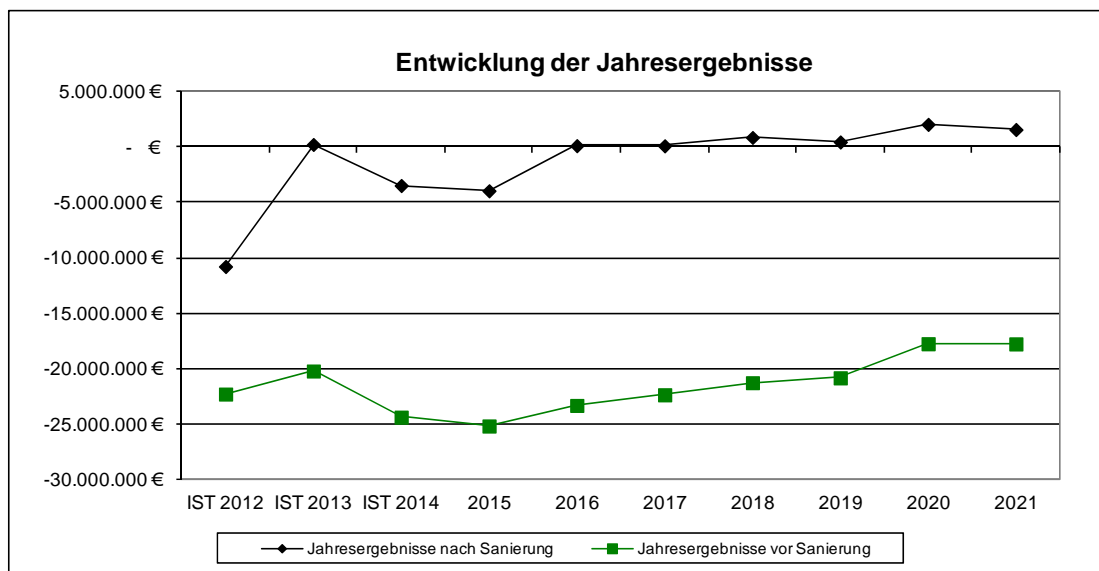
Aufgrund der Flüchtlingssituation werden beim Personal (Sanierungsplanmaßnahme I-1) im Vergleich zur Ursprungsplanung statt 64 nur noch 54 Stellen abgebaut.

Zudem können die Maßnahmen Nr. I-3 und I-5 bei der Gebäudewirtschaft nicht in vollem Umfang umgesetzt werden, weil verschiedene Gebäude für Flüchtlinge benötigt und daher in der nächsten Zeit nicht veräußert werden können.

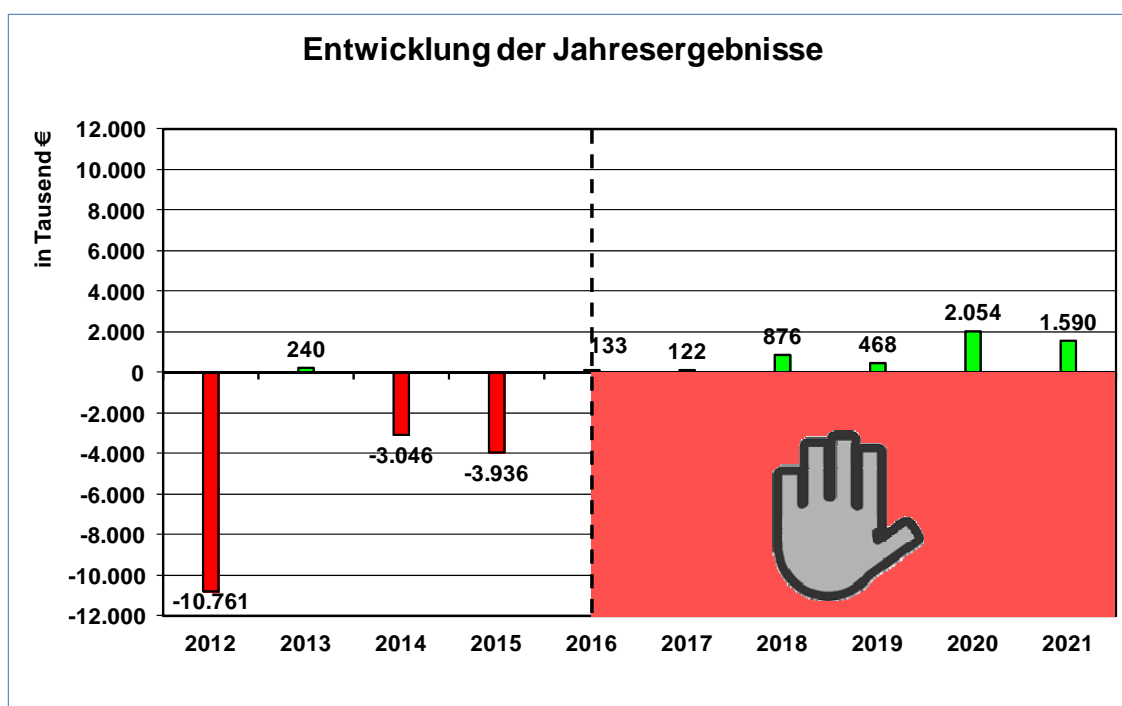
Kleinere Sanierungsplanmaßnahmen verschieben sich bzw. ändern sich in ihren Sparvolumen in positiver wie negativer Richtung. Detaillierte Informationen dazu sind im Haushaltssanierungsplan dargestellt.

Ergebnisentwicklung bis 2021:

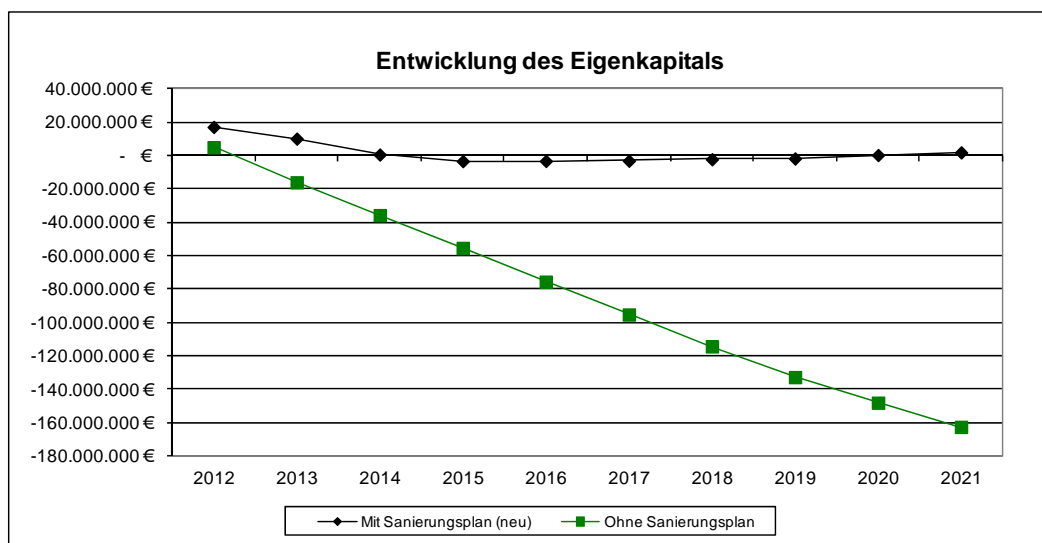
Der Doppelhaushalt 2016/2017 ist knapp ausgeglichen, ebenfalls die folgenden Haushaltsansätze bis 2021. Den Vergleich der Jahresergebnisse vor und nach Sanierungsplan zeigt die nachfolgende Grafik:



Unsere Aufgabe wird es sein, nicht in den roten Bereich der negativen Jahresergebnisse abzusinken. Eine strenge Haushaltsdisziplin ist in den kommenden Jahren zwingend erforderlich.



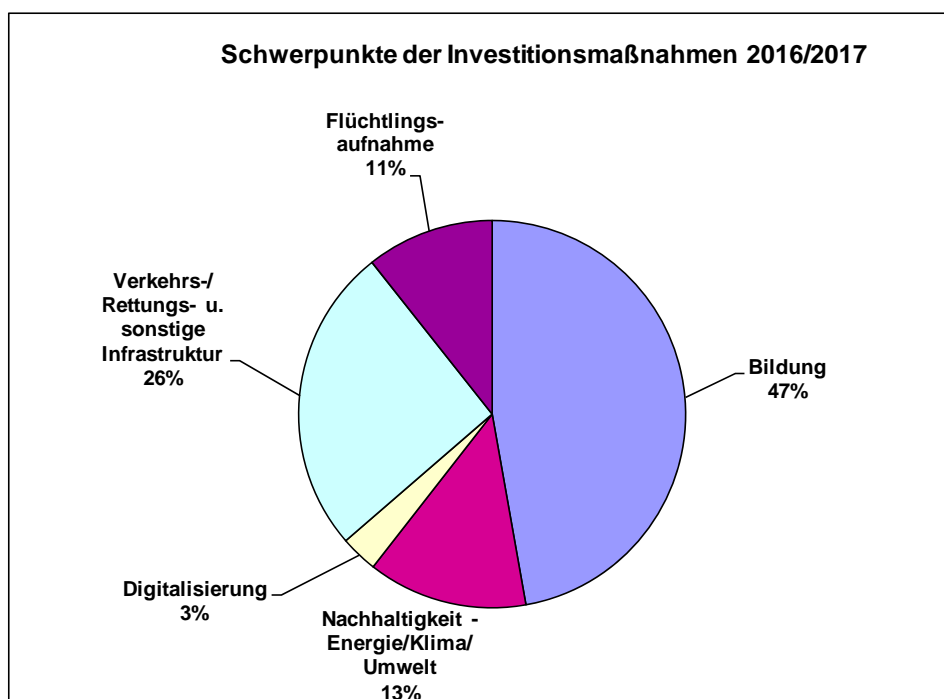
Auf die Eigenkapitalentwicklung ergeben sich damit nachfolgende Auswirkungen:



Investitionsschwerpunkte 2016/2017:

2015 liegen die Gesamtinvestitionen bei 17,2 Mio. €. Sie steigen 2016 auf 27,4 Mio. € und in 2017 auf 19,5 Mio. €. Die Eigenanteile betragen 2015 9,4 Mio. €, 2016 15,1 Mio. € und 2017 3,9 Mio. €

Die Investitionsschwerpunkte zeigt die nachfolgende Grafik:



Für die strategischen Investitionsfelder heißt dies für die Jahre 2016/2017:

	Auszahlungen		Auszahlungen beide Jahre
	2016	2017	2016+2017
1. Bildung, davon z. B.	13.689.100 €	8.447.100 €	22.136.200 €
Sekundarschulen	7.400.000 €	2.100.000 €	9.500.000 €
KInvFG (Energetische Sanierung v. Bildungseinrichtungen - Schulen, Sporthallen, LSB)	2.731.000 €	1.155.000 €	3.886.000 €
Stadtumbau Hüsten (Energetische Sanierung Franz-Stock-Gymn. + Kulturforum, Campus Berliner Platz)	200.000 €	1.870.000 €	2.070.000 €
Sonderförderung (Sport- und Solepark Große Wiese)	100.000 €	400.000 €	500.000 €
Stadtumbau Alt-Arnsberg (Campus Eichholz)	306.000 €	207.000 €	513.000 €
Städtebaulicher Denkmalschutz Altstadt Arnsberg (Laurentianum)	920.000 €	1.265.000 €	2.185.000 €
Brandschutz in städtischen Schulen	400.000 €	450.000 €	850.000 €
Ausbau von städtischen Kindertageseinrichtungen	150.000 €	300.000 €	450.000 €
2. Nachhaltigkeit - Energie/Klima/Umwelt, davon z. B.	1.433.000 €	4.825.500 €	6.258.500 €
Städtebaulicher Denkmalschutz Altstadt Arnsberg (Altes Rathaus)	0 €	200.000 €	200.000 €
Stadtumbau Hüsten - Rathaus Hüsten	0 €	1.170.000 €	1.170.000 €
- Bahnhofsumfeld Hüsten	115.000 €	2.145.000 €	2.260.000 €
Stadtumbau Alt-Arnsberg (Bahnhofsumfeld)	571.000 €	0 €	571.000 €
Renaturierungsmaßnahmen an der Ruhr	440.000 €	900.000 €	1.340.000 €
3. Digitalisierung siehe Digitalisierungsvorlage bzw. Grünbuch	959.900 €	500.500 €	1.460.400 €
4. Verkehrs-/Rettungs- u. sonstige Infrastruktur, davon z. B.	6.306.740 €	5.735.115 €	12.041.855 €
Anschaffung Feuerwehrfahrzeuge	1.295.000 €	663.500 €	1.958.500 €
Anschaffung Sanierung Feuerwehrgebäude	294.500 €	132.175 €	426.675 €
Anschaffung Krankenkraftwagen	300.000 €	170.000 €	470.000 €
Stadtumbau Alt-Arnsberg und Städtebaulicher Denkmalschutz			
- Zu den Werkstätten	675.000 €	940.000 €	1.615.000 €
- Promenade, Sauerlandmuseum	400.000 €	80.000 €	480.000 €
- UntereSoester Straße	50.000 €	260.000 €	310.000 €
Straßenausbaumaßnahmen			
- Limberg II	100.000 €	271.000 €	371.000 €
- Wohngebiet Binnerfeld	1.190.000 €	700.000 €	1.890.000 €
- östl. Innenstadt Neheim	0 €	654.000 €	654.000 €
Kleinere Straßensanierungsmaßnahmen, i.V.m. Stadtwerken	369.000 €	499.000 €	868.000 €
Diverse Straßenbaumaßnahmen			
5. Flüchtlingsaufnahme	5.000.000 €	0 €	5.000.000 €
	27.388.740 €	19.508.215 €	46.896.955 €

Im Wesentlichen werden angefangene Investitionsprojekte wie geplant fortgeführt.

Im Bereich der Bildung sind dies insbesondere die Sekundarschulen. Die neuen Mittel aus dem Kommunalinvestitionsfördergesetz (KInvFG) sollen ausschließlich im Bereich der Bildung eingesetzt werden.

Hinweisen möchte ich auf ein neues Sonderförderprogramm zur Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur. Hier haben wir eine Anfinanzierung in Höhe von 500.000 € für die Sanierung und Weiterentwicklung des Sport- und Soleparks Große Wiese vorgesehen.

Beim Thema „Nachhaltigkeit - Energie/Klima/Umwelt“ werden die Projekte der Bahnhofsumfelder Alt-Arnsberg und Hüsten fortgeschrieben und ergänzt, genauso wie das Projekt Ruhrrenaturierung. Neu hinzu kommt im Rahmen des Stadtumbaus Hüsten die Chance, ggf. die Sanierung unseres Rathauses mit in die Förderkulisse zu integrieren. Bei einer Förderung von 80 % geht es um eine Gesamtinvestition von rd. 30 Mio. € in den nächsten Jahren.

Detaillierte Angaben zu den Investitionen der Digitalisierung sind dem neuen Grünbuch zu entnehmen. Sie werden sich mit der Gestaltung der digitalen Agenda entsprechend weiterentwickeln.

Im Bereich der Verkehrs-/Rettungs- und sonstigen Infrastruktur werden Straßenbaumaßnahmen nach priorisierter Notwendigkeit durchgeführt und der Stadtumbau Alt-Arnsberg weitergeführt. Einen Schwerpunkt gibt es bei der Neubeschaffung von Feuerwehrfahrzeugen und Krankenwagen.

Als Sonderinvestitionspaket zum Bau oder Kauf von Flüchtlingsunterkünften haben wir pauschal einen Betrag in Höhe von 5 Mio. € eingestellt. Nach den Erfahrungen in anderen Städten kann damit ein Potenzial von 300 bis 500 Plätzen je nach Ausstattung und Rahmenbedingungen geschaffen werden. Ob und in welcher Größe wir dieses Budget benötigen, hängt von der weiteren Entwicklung ab.

Die geförderten Investitionen stehen natürlich unter dem Vorbehalt, dass die Zuschüsse auch vom Fördermittelgeber bewilligt werden. Unsere Investitionen werden langfristig finanziert und dienen mehreren Generationen.

Risikobetrachtung:

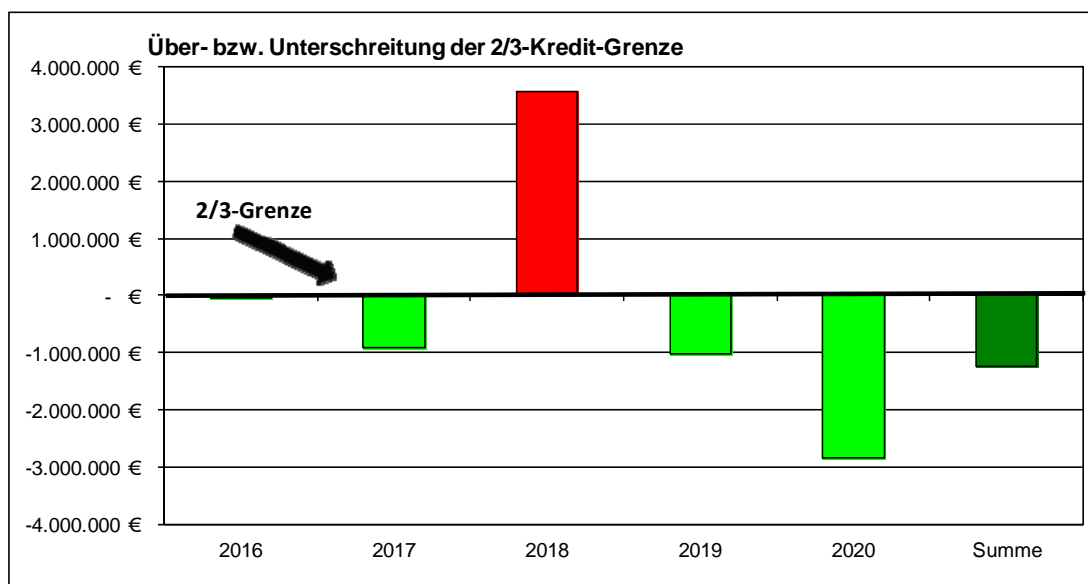
In meiner letzten Haushaltsrede habe ich mich ausführlich mit der Risikolage der Stadt Arnsberg beschäftigt. Es ging und geht um die Frage: Welche Risiken gibt es im Planungszeitraum bis 2021 und darüber hinaus?

Die zu diesen Punkten für die Haushaltsplanung 2014/2015 gemachten Aussagen sind grundsätzlicher Natur. Sie sind weiter gültig. Gern können Sie dies noch einmal nachlesen. Heute möchte ich zu dieser Risikobetrachtung einige Ergänzungen vornehmen.

Risiko steigender Investitionen:

Mit der Sanierungsplanmaßnahme Nr. I-27 haben wir uns verpflichtet, die Kreditaufnahme für langfristige Kredite in der Regel auf 2/3 der Tilgungshöhe für langfristige Kredite des jeweiligen Jahres zu begrenzen. Dies soll den Zins- und Tilgungsdienst reduzieren. Wie ist das Risiko einzuschätzen, diese Maßnahme zu verfehlen?

Nachfolgend ist die Entwicklung der Kreditaufnahme im Verhältnis zur Tilgungshöhe bei langfristigen Krediten dargestellt.



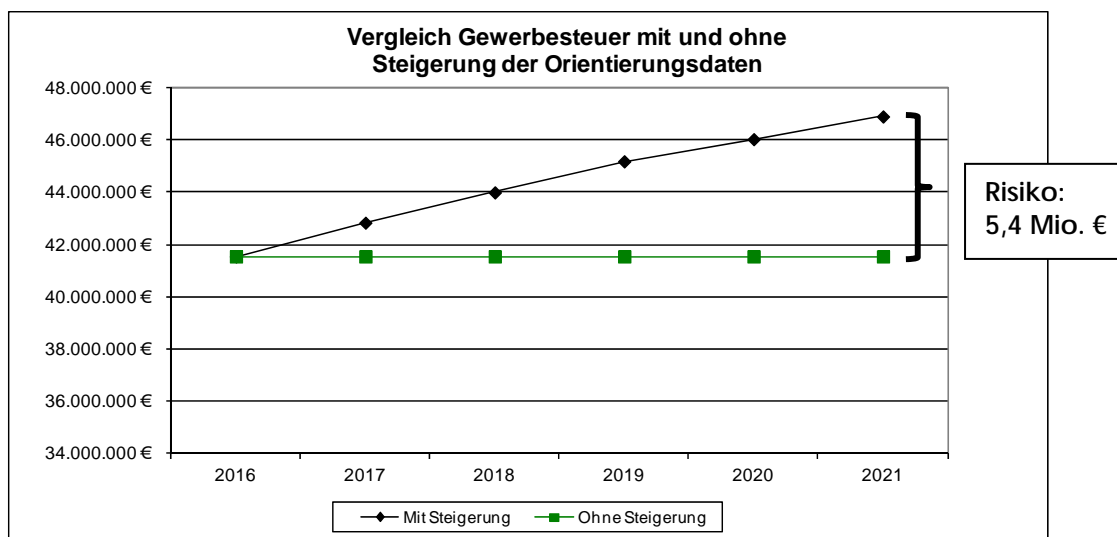
Zu erkennen ist, dass nur im Jahr 2018 die 2/3-Grenze nicht eingehalten werden kann, weil in diesem Jahr viele Städtebaumaßnahmen beginnen, deren Fördergelder tlw. erst später zufließen.

Allerdings, und das ist auch für die Kommunalaufsicht wichtig, wird die 2/3-Grenze kumuliert über den ganzen Planungszeitraum bis 2021 erfüllt.

Wir wollen unser Vorgehen „Sparen und Investieren“ fortsetzen, müssen allerdings die Entwicklung weiter beobachten.

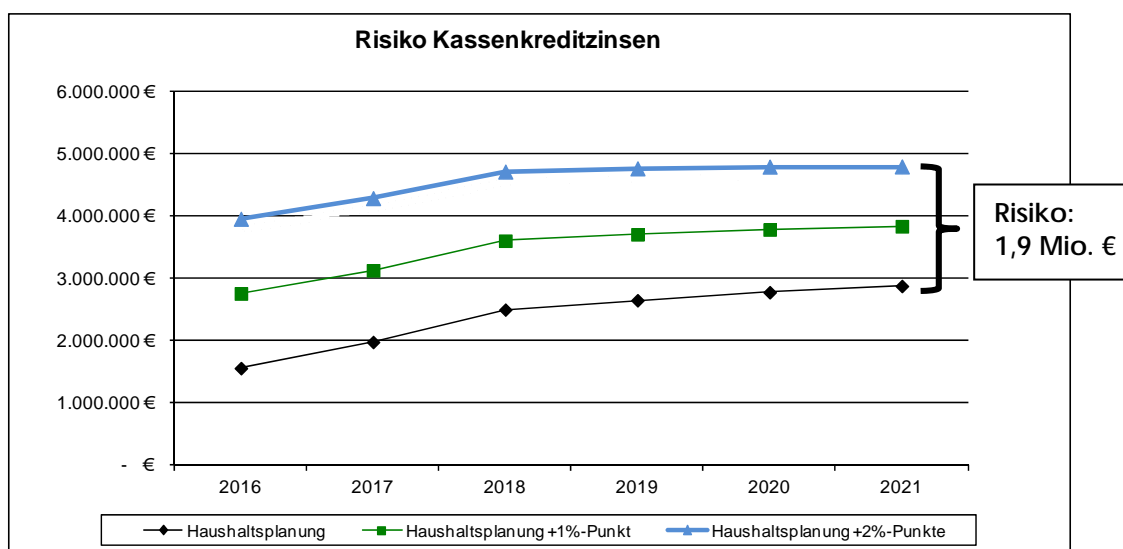
Risiko bei der Entwicklung der Gewerbesteuereinnahmen:

Die Planungen bei der Gewerbesteuer gehen von einer steigenden Entwicklung aus. Sollte sich dies nicht einstellen, können die Vorgaben des Sanierungsplanes nicht eingehalten werden. Die geplanten Steigerungen bei der Gewerbesteuer liegen zwischen 1,89 % und 3,1 %. Treten diese Steigerungen nicht ein, ergeben sich folgende Deckungslücken:



Zinsänderungsrisiko:

Das außergewöhnlich niedrige Zinsniveau hält weiter an. Wir haben dennoch für unsere Planungen steigende Zinsen für Kassenkredite unterstellt. Von 2016 bis 2021 wurde schrittweise eine Steigerung von 1,3 % auf 3 % angenommen. Steigen die Zinsen aber entgegen dieser Annahme stärker an, ergeben sich beispielhaft folgende Mehrbelastungen (+ 1%; + 2%):

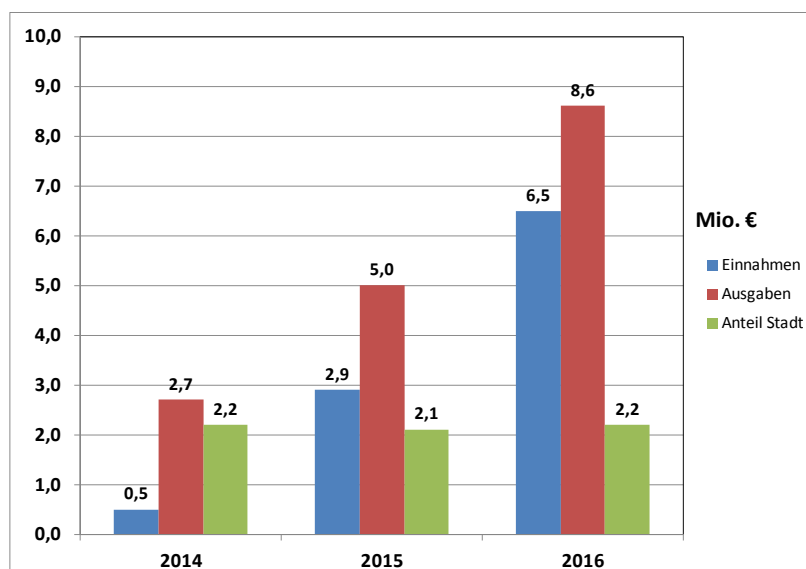


Chancen/Risiken durch Flüchtlinge/Zuwanderung:

Wenn Ministerpräsidentin Hannelore Kraft beim Besuch des Krisenstabes bei der Bezirksregierung Arnsberg Anfang September sagte, genaue Prognosen der Flüchtlingszahlen seien nicht möglich und ergänzte: „Nichts ist planbar“ (Westfalenpost vom 8.8.2015), dann wird deutlich, dass eine Budgetplanung in diesem Bereich mit Risiken verbunden ist. Richtig ist aber auch die Erkenntnis des griechischen Staatsmannes Perikles aus dem 5. Jahrhundert vor Christus: *„Es ist nicht unsere Aufgabe, die Zukunft vorherzusagen, sondern gut auf sie vorbereitet zu sein“*.

Basis unserer Planungen sind folgende Annahmen:

1. Die bundesweite Flüchtlingszuwanderung beträgt 2016 1 Mio. Menschen.
2. Nach dem Königsteiner Schlüssel muss NRW hiervon 21,21 % (= 212.100 Flüchtlinge) aufnehmen.
3. Der Stadt Arnsberg werden im Jahr 2016 nach dem Zuweisungsschlüssel des Flüchtlingsaufnahmegesetzes wiederum 0,43669 % (= 926 Flüchtlinge) zugewiesen.
4. Die Notunterkunft in der Pestalozzischule wird bis Mitte nächsten Jahres betrieben.
5. Die Unterstützungsleistungen für Flüchtlinge durch EU, Bund und Land führen dazu, dass der Anteil, der von der Stadt aufzubringenden Aufwendungen für Flüchtlinge in den Jahren 2016 ff. so groß sein wird, wie in 2015.



Dies wird gestützt durch die jüngsten Beschlüsse zur Flüchtlingssituation auf Europa-, Bundes- und Landesebene.

Sollten diese Annahmen nicht zutreffen, sollte insbesondere die Unterstützungsleistung des Bundes nicht wirksam bei den Kommunen ankommen, würde dies zu entsprechenden Ergebnisverschlechterungen in den Jahren 2016/2017 führen.

Allerdings beinhaltet die Zuwanderung auch deutliche Chancen. Der vermehrte Verbrauch von Gütern und die Inanspruchnahme von Dienstleistungen für Flüchtlinge führen unmittelbar zu einer Steigerung des Bruttosozialproduktes. Dies wirkt kurzfristig wie ein Konjunkturprogramm. Langfristig steigern integrierte Flüchtlinge - so zeigen wissenschaftliche Studien - den Wohlstand der aufnehmenden Länder. Sie helfen uns, dem demografischen Wandel zu begegnen und bereichern uns kulturell. Manche sprechen gar von einer Verjüngungs- oder Belebungspritze durch Zuwanderung.

In diesem Zusammenhang macht es Sinn, das **Spannungsfeld von Weltbevölkerungsentwicklung, Demografieproblematik, Wohlstandsverteilung, Klimawandel, Umweltverschmutzung und Kriegen** kurz zu betrachten:

Die Weltbevölkerung wächst weiter rasant. Heute leben rd. 7,3 Mrd. Menschen auf unserem begrenzten Planeten. 2050 sollen es 9,6 Mrd. sein. Die Erde selbst wächst nicht mit.

In den Industrienationen schrumpft dagegen die Bevölkerung und wird älter. Den wachsenden Anteil älterer Menschen mögen folgende zwei Bilder illustrieren:



Die Wohlstandsverteilung weltweit wird ungleichgewichtiger und führt zu Spannungen. Das reichste Zehntel der Weltbevölkerung besitzt mehr als 85 % des privaten Vermögens (Oxford University 2009).

Auch die zunehmende Einkommensungleichverteilung in reichen Staaten bleibt nicht ohne Folgen. So treten gesundheitliche und soziale Probleme in gut entwickelten Industrieländern mit größerer Ungleichheit häufiger auf, wie nachfolgende Grafik verdeutlicht.

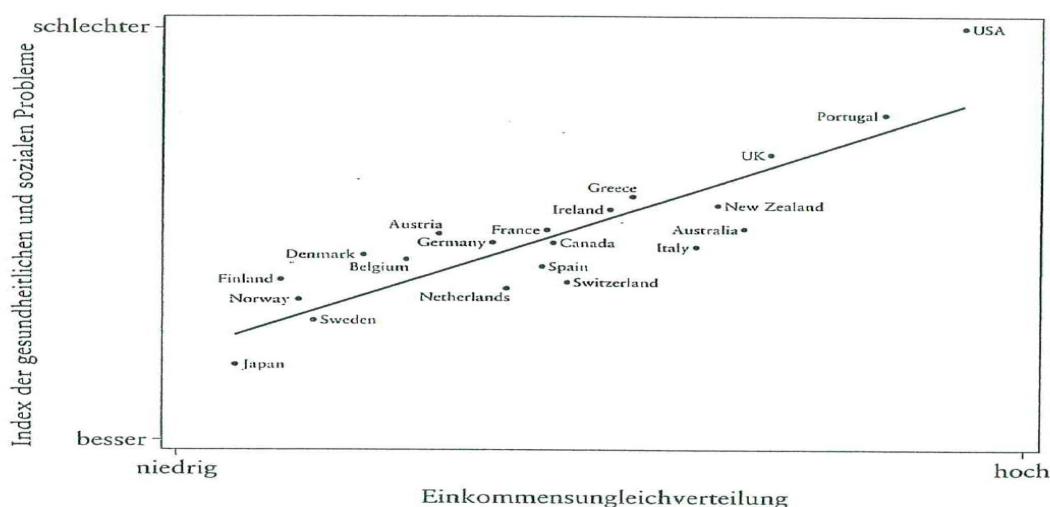


Abb. 13.1 Gesundheitliche und soziale Probleme treten in Ländern mit größerer Ungleichheit häufiger auf.

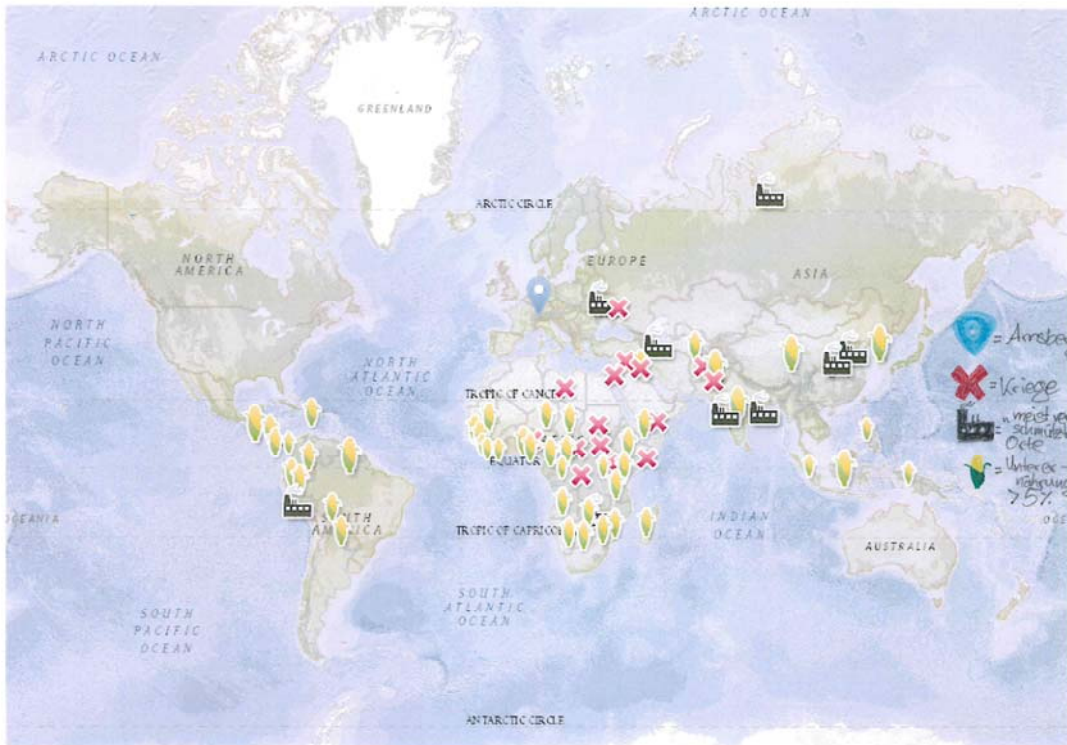
(Quelle: Gleichheit ist Glück, Wilkinson und Pickett, 2012)

In den Index fließen die Kriterien Niveau des Vertrauens, psychische Erkrankungen sowie Alkohol- und Drogensucht, Lebenserwartung und Säuglingssterblichkeit, Fettleibigkeit, schulische Leistungen der Kinder, Teenager-Schwangerschaften, Selbstmorde, Zahl der Gefängnisstrafen und soziale Mobilität ein.

Klimawandel, Umweltverschmutzung und zunehmende kriegerische Auseinandersetzungen erzeugen Wanderungsbewegungen von verzweifelten Menschen.

Die nachfolgende Grafik zeigt die weltweiten Brennpunkte in Bezug auf Kriege, die meistverschmutzten Orte und Gebiete mit einer Unterernährung über 5%.

Die Anzahl der Brennpunkte, die auf der Weltkarte zu sehen sind, ist beunruhigend.



Quellen: Heidelberger Konfliktbarometer 2014; UN-World Food Programme; WIKIPEDIA

Immer mehr Menschen sind weltweit auf der Flucht:

56 Mio. Menschen weltweit auf der Flucht

Bezirksregierung
Ansbach

Die Zahl der Flüchtlinge ist auf dem höchsten Wert seit 1994 gestiegen. Auffallend ist: 80% der Flüchtlinge weltweit haben Zuflucht in Entwicklungsländern gefunden.



Ein Flüchtlingslager in Irak © UNHCR / B. Sokol

Bundeskanzlerin Merkel sprach jüngst sogar von 60 Mio. Menschen auf der Flucht.

Lösen wir diese Kernprobleme nicht, kommen die Probleme zu uns. Als reiche und hochentwickelte Nation sind wir aus meiner Sicht zur Hilfe verpflichtet. Es ist darüber hinaus klug und weitsichtig. Denn: ***Die Zukunft gehört denen, die der nachfolgenden Generation Grund zur Hoffnung geben*** (Pierre Teilhard de Chardin, französischer Theologe und Philosoph).

Zur Lösung der Kernprobleme ist sicher auch die Erkenntnis von Richard von Weizsäcker richtig, der sagte: ***„Alles ist verloren, wenn wir uns entschließen, auf nichts zu verzichten“***.

Die hier nur blitzlichtartig dargestellten Kernprobleme bilden den Risikohintergrund auch für die Haushaltsplanungen der Stadt Arnsberg. Durch die weltweite Vernetzung treffen sie mittelbar oder unmittelbar auch unsere Stadt.

Fazit:

Der Ausblick in die zweite Halbzeit zeigt uns - vorbehaltlich der Prüfung durch die Kommunalaufsicht - einen ausgeglichenen Haushaltsplan 2016/2017. Er sagt - ganz banal ausgedrückt - nichts anderes als: ***„Gebe nicht mehr aus als du einnimmst“***.

Ich bin froh, dass dies gelungen ist, denn es sah in der Planungsphase lange Zeit nicht danach aus.

Dieser Haushalt 2016/2017 bildet die finanzielle Basis für die von Herrn Bürgermeister Vogel geschilderte strategische Ausrichtung der Stadt Arnsberg.

Es gibt allerdings keinen Ergebnispuffer, um unerwartete Belastungen ausgleichen zu können. Positive Jahresergebnisse ergeben sich aus heutiger Sicht erst wieder ab dem Jahr 2018.

Die Aufwandsreduzierungen im Sanierungsplan sind zudem ausgereizt.

Zusätzliche Herausforderungen, Anforderungen und Ansprüche können nur durch zusätzliche Mittel von Land oder Bund oder durch Gewerbesteuer- und Grundsteuererhöhungen kompensiert werden. Hierauf möchte ich ausdrücklich hinweisen.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Peter Bannes